



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

Kompromissversuche

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](#)

KOMPROMISSVERSUCHE

Nowak, Sturz der Mittelmächte 9

Offen und erregt trat, als das Mißgeschick auf den italienischen Schlachtfeldern allen deutlich und von niemand geleugnet wurde, in Oesterreich-Ungarn die Kritik hervor. Zum erstenmal erbittert und ohne Vorbehalt, Kritik an militärischen Dingen, die bisher unantastbar gewesen waren. Vorwürfe wurden Anklagen, Anklagen wurden Aufruhr und Racheschrei. Kaiser, Armeeoberkommando und Minister standen verwirrt vor der Oeffentlichkeit, die vier Jahre lang kein Recht der Frage über die Kriegsführung besessen hatte, jetzt aber so aufgebracht, so sehr voll Aufregung schien, daß die Führenden nach wirksamem Beschwichtigungsmittel suchten. Keine Beschwichtigung war es, daß bald nach dem Junifehlschlag der Generalfeldmarschall von Hindenburg das Scheitern einer Offensive als belanglos unter den unvermeidlichen Zwischenfällen jedes Krieges bezeichnete. Die erbitterte Stimmung forderte sichtbare Opfer. Für die Julimitte sollte der österreichische Ministerpräsident Seidler den Reichsrat einberufen. Kaiser, Armeeoberkommando und Minister wußten, daß die Völker durch ihre Abgeordneten nach der Absetzung schuldiger Generale rufen würden. An Sündenböcken vermochte die Ueberlieferung der Monarchie eine ganze Reihe aufzuzählen: nur Schulbeispiele brauchten wiederholt zu werden. Der Chef des Generalstabes Baron Arz hatte seinen Rücktritt angeboten. Hastig ernannte der Kaiser, der den Feldmarschall Böhm-Ermolli zur Untersuchung der Vorfälle nach Tirol geschickt hatte, diesen

Marschall zum Generalstabschef. Indeß tat er es nur mündlich, und der Marschall, der in der Audienz eine Oberführung des Kaisers lediglich als Repräsentation vorgeschlagen, aber Nichteinmischung in die wirkliche Kriegsleitung als Bedingung seiner Berufung ausgesprochen hatte, wartete vergeblich in Wien auf das Ernennungsschreiben. Der Kaiser besann sich wieder: Freiherr von Arz verblieb in seiner Stellung. Auch die Absetzung des Marschalls von Boroevic wurde erwogen. Indes hatte der Kaiser eigentlich auch ihn als kommenden Chef des Generalstabes ausersehen. So blieb überhaupt die Wahl eines einzigen Opfers: des Marschalls Conrad von Hötzendorf. In Eckartsau erhielt Graf Conrad, der bedeutendste Staatsmann und General der Monarchie und einer der überragendsten Köpfe seiner Zeit, den der junge Kaiser vor Jahresfrist schon von der Gestaltung der Gesamtereignisse ausgeschaltet hatte, kurz den endgültigen Abschied. Conrads Schuldlosigkeit ahnte niemand. Aber von seiner Maßregelung erhoffte man Beruhigung. Ein Zugeständnis an wahllos strafgierige Volksstimmung war gewährt. Der Reichsrat trat zusammen.

Vier Monate hatte er nicht getagt: so war seit Monatsfrist schon, wenn man die Verfassung bedachte, ohne die Volksvertreter, nur mit dem „Paragraphen 14“ in Oesterreich regiert worden, mit einem absolutistischen Notbehelf, der an die Stelle der Gesetze, die verfassungsgemäß Herrenhaus und Reichsrat zu beschließen, der Kaiser zu sanktionieren hatte, die einfache Verfügung der Regierung als vorläufiges legislatorisches Auskunftsmittel setzte. Der „Ex-Lex“-Zustand hatte seit Monatsfrist geherrscht, wie so oft schon vorher, wie drei Jahre lang schon im Kriege bis zum Tode des Grafen Stürgkh, der den Zustand mißbraucht hatte, und noch darüber hinaus.

Alle Parteien, alle Politiker, die Deutschen, wie die Tschechen oder Südslawen wußten, daß die kriegsführende Monarchie, sollten ihre Völker nicht unvermeidlich zusammenstoßen, gar nicht anders regiert werden konnte, alle mußten dies innerlich auch zugeben, sowie sie den Standpunkt einer Regierung gelten lassen wollten, die sich zu grundlegenden Änderungen im Kriege nicht entschließen konnte und die Macht behalten wollte. Aber sie ließen eine solche Regierung nicht gelten; sie ließen zum Teil auch Oesterreich gar nicht gelten. Gerade grundlegende Änderungen in der Struktur des Reiches strebten sie an. Hatte die Regierung sie einmal gerufen, so mußte die Regierung selbst sich sagen, daß sie in einer Zeit, die überall von Selbstbestimmung sprach, auf halbem Wege nicht stehen bleiben würden. Daß früher oder später die Schuldscheine des Tages von ihnen präsentiert würden, an dem man sie zu hören beschlossen. Oder man erwartete ein Scheinparlament. Den gesetzlos oktroyierenden Ministerpräsidenten begriff jeder; aber da er dem Regieren ohne Gesetz selbst ein Ende mache, griff jeder — um seiner Sonderwünsche willen, aus politischem Widerspruchzwang seiner Interessen — den Ministerpräsidenten an, der allen Fordernden, wenn er sich den losgelassenen Wünschen nicht willfährig zeigte, jetzt als erste Waffe gegen sich die Tatsache darbot, daß auch er gegen das Gesetz regiert hatte.

Nie war der Ministerpräsident Seidler — einer der Erzieher Kaiser Karls — ein Staatsmann gewesen. Er hatte keine Auskunft mit den Tschechen gefunden, gegen die er sich schwach und von rhetorischer Mattigkeit zeigte, als die Auskunft — nach der Resolution vom Dreikönigstage 1918 — schon entschiedene Abwehr hätte sein müssen. Er hatte, vielleicht nur, weil die Südslawen nicht

ganz so ungebärdig schienen, wie die Tschechen, dem Problem dieses mächtigen Volksstammes keine weitere Aufmerksamkeit gewidmet, was ohne Zweifel den Beifall der ungarischen Politik hatte, ohne daß der Minister daraus eine lebhaftere Anteilnahme der Ungarn — namentlich in den Ernährungsfragen — an den österreichischen Interessen herzuleiten verstanden hätte. Die Polen hatte er durch Zustimmung zu den Brester Beschlüssen, das Cholmer Land an die Ukraine zu geben, empfindlich verstimmt und die Sozialdemokraten, die ihre Auffassungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in Brest Litowsk gleichfalls verletzt sahen, hatte er durch nichts zu gewinnen gewußt. Aber der Zwischenfall mit den kaiserlichen Briefen an den Prinzen von Bourbon, der Aussöhnungsbesuch Kaiser Karls im Mai bei Kaiser Wilhelm in Spa, die wirtschaftliche Abhängigkeit von dem kräftigeren Deutschland, zugleich die Halsstarrigkeit der österreichischen Slawen im Ganzen, die kaum mehr verhüllte Auflehnung der Tschechen im besonderen: all das hatte den staatskunstfremden Minister allmählich nachdenklich gemacht und schließlich sogar zu einem Entschlusse bestimmt. Jetzt wollte er, da die Slawen zu keiner Gefolgschaft zu bewegen waren, den offenen Bruch mit ihnen wagen und vor allem mit den Deutschen Oesterreichs arbeiten. Vor Jahresfrist hatte der Vorgänger des Ministerpräsidenten, der vom tschechischen Großgrundbesitz getragene, von Radetzkytraditionen umsponnene Graf Clam-Martinitz, noch einen grillparzerisch angewehten Aufruf an die gleichen Volksboten für möglich gehalten:

„Das Programm der Regierung heißt Oesterreich“, hatte er mit abwesender Kavalierstimme, die sich nicht einmal die Mühe gab, richtig gehört zu werden, von seinem Blatte abgelesen. Und: „Seien wir vor allem Oesterreicher.“

Damals im Juni 1917 hatte solch eine Parole vielleicht

noch die Hoffnung auf Verwirklichung in irgendeiner Art. Auch wenn die Tschechen zur allergrößten Ueberraschung gegen die Reichsratsberufung einen Protest einlegten, der sich mehr gegen die ihnen unsympathische Persönlichkeit des hochfeudalen, konservativ altösterreichischen Grafen Clam richtete, als gegen seine Absichten. Ein rundes Jahr war seinem Erben, dem Ministerpräsidenten Doktor Seidler, Zeit gelassen, noch lebensfähige österreichische Keime hochzuholen und sie zu hegen. Aber jetzt zeigten sich die Ergebnisse seiner Jahresarbeit so, daß er, der mit Amnestie und deutlicher Tschechenfreundlichkeit begonnen hatte, nunmehr doch noch das Wagnis unternehmen zu können glaubte, in polyglotter Monarchie mit ganzer Rücksichtslosigkeit und mit der Brüskierung aller fremdsprachigen und längst fremdfühlenden Parteien den neuen „deutschen Kurs“ zu verkünden. An seinen Worten war nicht viel zu mäkeln. Er rief nicht mehr emphatisch: „Seien wir alle Oesterreicher.“ Er sprach von jenem selbstverständlichen deutschen Uebergewicht in Oesterreich, das ihm selbst bisher gar nicht selbstverständlich erschienen war:

„In Oesterreich läßt sich nicht ohne die Deutschen, ebensowenig gegen die Deutschen regieren.“

Seinen Gedankengang begründete er:

„Rückgrat dieses vielgestaltigen Staates ist nun einmal das deutsche Volk und wird es immer bleiben. Die Regierung ist entschlossen, an dem eingeschlagenen Kurse festzuhalten und sich in seiner Verfolgung nicht beirren zu lassen.“

Ministerpräsident Seidler war der politischen Wirklichkeit noch abgewandter, als Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz vor ihm. Sein Bekenntnis zum deutschen Bündnis war im Kampf der Mittelmächte gegen alle Lockungsgelüste notwendig und natürlich; die betonte Her-

ausforderung aller Völker Oesterreichs mit deutschem innerpolitischem Kampfruf mußte von verheerender Wirkung sein. Und vielleicht glaubte nur er selbst daran, daß die Gegner der Monarchie auch noch seine zum Ueberfluß gerade jetzt vorgebrachte Beteuerung ernst nahmen:

„Was die innere Propaganda anbelangt, so sind die diesbezüglichen Mittel unserer Gegner so absurd, daß sie nur von einer tiefen Verkennung unserer Verhältnisse zeugen.“

Aber der Reichsrat strafte ihn Lügen. Er gab an das Ausland das vollendete Spiegelbild durchaus anderer Ge- sinnung. Den deutschen Radikalparteien paßte das Pro- gramm des Ministerpräsidenten. Sie sahen die Mög- lichkeiten deutscher Vorherrschaft in einem Staate, in dem es gar keine nationale Vorherrschaft geben durfte, so kurzsichtig wie der Minister. In ihre Zurufe sangen die Tschechen in offener Sitzung die breite Slawenmelodie: „Kde domov muj.“ Der tschechische Sozialist Tusar wet- terte gegen die Unterdrückung. Der polnische Sozialist Daszynski gegen die Abhängigkeit von Deutschland. Der Polenklub verharrte in Opposition. Die deutsch-öster- reichischen Sozialisten begründeten ihre ablehnende Hal- tung mit ihrem Widerspruch gegen den Plan einer „austro- polnischen Lösung“. Und der Ministerpräsident hatte ge- setzlos durch den „Paragraphen 14“ regiert. Jetzt stellten ihm die Tschechen wegen Verfassungsbruch, wegen un- erlaubter Vertagung des Reichsrates die Ministeranklage in Aussicht. Die Untersuchung über die Generalsverfehlungen während der Junischlachten, als hoffende Kon- zession an die Eitelkeit aller Abgeordneten gedacht, die ihre Sprache austoben lassen sollten: die Untersuchung vor der Geheimkommission interessierte sie nicht. Sie nahmen sie nicht zur Kenntnis. Und ebensowenig die Vorlage des Untersuchungsprotokolls an den Kaiser. Sie

dachten nicht daran, die Notwendigkeiten für den Staatshaushalt zu bewilligen. Keiner von allen, die verletzt und vor den Kopf gestoßen waren, dachte daran, dem Ministerpräsidenten zu einer Mehrheit zu verhelfen. Wenn der Kabinettschef das „Budgetprovisorium“ — die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten — nicht durchbrachte, war er ein gefallener Mann. Er stützte sich auf die Deutschen, auf einige indifferente, kleinere Gruppen, auf die Christlich-Soziale Partei, die allein allezeit verlässlich war, solange der Regierungsgeist neben nationalen Schattierungen nur klerikal blieb. Aber die Abstimmung über das „Budgetprovisorium“ ergab für den Ministerpräsidenten eine Stimmenminderheit. Er stürzte. Er richtete sich in ruhigerer Hofstellung ein, erholungsbedürftig und staatskunstfernen Aufgaben besser gewachsen. Indes konferierte Professor Freiherr von Hussarek, der von der Lehrkanzel für Kirchenrecht an der Wiener Universität zu solcher Aufgabe herunterstieg, eifrig mit allen Parteien, unter denen er sich als Ministerpräsident eine Mehrheit schaffen mußte.

Achtundvierzig Stunden konferierte der Professor mit allen Parteien. Ministerpräsident Seidler hatte mit einer verwegenen Kursansage geschlossen, die eine Attacke gewesen war: die Kursansage wollte jetzt der Professor umbiegen, ohne sie ganz aufzugeben, und die Attacke wollte er in Kompromisse wandeln. Das Bündnis mit Deutschland betonte auch er. Und anzustreben sei nur „ein ehrenvoller Frieden“. Aber der Kampfruf vom „deutschen Kurse“ fehlte: der Professor sprach von „stetigem verfassungsmäßigen Zusammenwirken mit den gesetzlich berufenen Vertretungskörpern“. Die Deutschen im Volks- hause versicherte er ihrer „hervorragenden Stellung“. Der Ministerpräsident erging sich noch über soziale Fürsorge;

er wies auf die nötige Regelung der Finanzen hin. Und bat schließlich, ihm das „Budgetprovisorium“ durchzubringen.

Es gelang dem Freiherrn, eine Mehrheit für sich zu schaffen. Er hatte nicht alle deutschen Parteien durch ein Abschwenken von Seiders plötzlichen Fanfaren verloren; den Polenklub wenigstens hatte er durch die Ankündigung einer neuen Kompromißpolitik sich unter den slawischen Parteien angenähert; die Christlich-Sozialen blieben dem Kirchenlehrer. Jetzt konnte er mit der Verstärkung kleiner Gruppen die Staatsnotwendigkeiten retten. Im Grunde war sein Programm so farblos und bieder-männisch ohne bestimmte Linie, wie das ganze äußere Auftreten des starken, füllig, dennoch ohne allzu viele Sehnen in seinen Riesengehrock gewachsenen Mannes, der für jeden eine joviale, fast herzliche Verbindlichkeit hatte, die dennoch niemals festen Kern, stets allgemeine Umrisse umspannte. So wirksam war immerhin sein erstes Bemühen um eine Politik der Vermittlung gewesen, daß die knappe Majorität der Abgeordneten ihm gegenüber das Abwarten vor das Mißtrauen stellen wollte, obwohl die Biederkeit und das Joviale den Professor nicht abgehalten hatte, dem Ex Lex-Kabinett des Grafen Stürgkh vor Zeiten als Unterrichtsminister anzugehören. Der erste Schritt des neuen Ministerpräsidenten war ein matter Erfolg gewesen: nunmehr ging er daran, sich im Ernst mit den Parteien zu verständigen. Von seinem Vorgänger hatte er ein Beamtenministerium übernommen. Er wollte es umbauen. Er dachte an eine Koalition der Parteien für sein Kabinett. Es sollte starken parlamentarischen Einschlag zeigen. Er dachte an ein Ministerium, halb aus Beamten, halb aus Volksvertretern. Natürlich war dabei, daß er sich zunächst an die Partei der Christlich-Sozialen wandte. Aber selbst dem Kirchenlehrer erklärten die Christlich-Sozialen, daß sie ohne Sozialdemokraten nicht in ein Ka-

binett eintreten wollten. Mit dem Sozialistenführer Viktor Adler verhandelte der Minister umsonst. Keine Partei schätzte einen Ministersessel. Dem Kabinettschef blieb nichts anderes, als unverändert die überkommenen Beamtenminister vorläufig beizubehalten. Und zunächst durch allerlei Reden und Erklärungen für bessere Stimmung zu sorgen. Wenn er den deutschen Parteien auch keinen ausgesprochenen „Kurs“ mehr bescheren konnte, so hoffte er unter ihnen wenigstens jene Gruppen, die mit ihm — die deutsche Agrarpartei, die Deutsch-Freiheitlichen — bloß mit Vorbehalten gegangen waren, allmählich fester um sich zu scharen und selbst die grollenden Radikalen versöhnlicher zu machen, wenn er, abgesehen vom „deutschen Kurs“ — der „Vertiefung des Bündnisses“ möglichst das Wort redete. Vom Herrenhaus herüber sprach er zu ihnen:

„Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, von der Einsicht erleuchteter Herrscher und Staatsmänner geschaffen, eine wahre Herzenssache für beide Teile, und im Weltkriege bewährt, wird im Sinne einer dauernden Friedensgemeinschaft vertieft werden.“

Der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek war ein Mann der weitesten Kompromisse. Jede Verständigung hielt er für möglich, wenn man darüber verhandelte. Und die Grundlage aller Verhandlungen sollte Milde, Nachgiebigkeit, Versöhnlichkeit sein. Er hatte die Amnestie Kaiser Karls gutgeheißen, und als Professor Heinrich Lammasch, vertraut mit dem Geiste am Hofe des Kaisers, mit dem begeisterten Ausruf: „Dies ist der erste edle Akt!“ zu ihm gekommen war, hatte er sich die Grundlinien österreichischer Innenpolitik endgültig zurechtgepaßt. Im Studium der großen Kirchenpolitiker hatte er freilich gelernt, daß man auch den wahren Geist der Milde nicht ausspielte, ohne dafür reale Vorteile einzutauschen. Auch

als Versöhnungsbringer war er für das Kompromiß: der Freiherr hatte sich inmitten von Rührung und Güte doch darüber gewundert, daß die Amnestie ohne vorher geleistete Bürgschaften der Volksführer gewährt worden war. Im Geiste der Versöhnlichkeit wollte Freiherr von Hussarek als Ministerpräsident jetzt fortfahren. Niemand wollte er fortstoßen, für alle ein Zugeständnis bereit haben. Aber alle sollten auch zu Verhandlungen bereit sein. Den Deutschen tat er wohl mit dem Hinweis auf die Bündnisvertiefung. Aber schon mit dem nächsten Atemzuge erinnerte er sich auch gleich wieder aller anderen Völker Oesterreichs. Er klang dabei nicht mehr Grillparzersche Erinnerungen an; gewisse Salbung eines guten Priesters, das Wohlwollen des erfahrenen Vaters zwischen vielen Brüdern lag ihm besser. Feierlich fügte er im Herrenhaus dem Satze über das Bündnis bei:

„Oesterreich wird seine Mission nur erreichen, wenn es allen Stämmen seiner Völkerfamilie das wahrhaft gemeinsame Vaterland ist.“

Mit den Deutschen, mit den Polen, mit den Südslawen, mit Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten: mit allen wollte er verhandeln, wollte nichts weiter sein, als eine Art „*homo regius*“, der bestellte Sachwalter über kaiserlichen Auftrag, der alle Kinder doch noch zusammenführen wollte, — selbst mit den Hartnäckigsten unter allen, mit den Tschechen, sah er noch nicht restlos alles verdorben. Freilich störte ihm in der abwartenden, leidlichen Stille der ersten Augusthälfte ein völlig unerwarteter Schachzug der Gegner plötzlich alle Zukunftspläne: die englische Regierung sprach anfangs August die Anerkennung der „Tschecho-Slowakischen Nation“ als einer kriegsführenden Nation aus. Daß die Tschechen im Hochsommer 1918 längst nicht mehr die Tschechen der Maideklaration 1917 waren, hatte der Ministerpräsident schon verspürt: sie

hatten in der Schweiz einen „Nationalrat“, den jetzt das feindliche Ausland auch noch offiziell und ausdrücklich anerkannte, und daheim hatten sie längst auch schon die Südslawen zu taktischem Mitgehen, zu taktischem Einheitswiderstand gegen die Regierung zu bewegen gewußt, indes beide vorher ihres eigenen Weges gegangen waren. Aber immer noch hatte der Minister die Hoffnung auf Verhandlungsergebnisse, Annäherungsmöglichkeiten nicht sinken lassen wollen: jetzt war mit der Staatsanerkennung der Tschecho-Slowakei durch England — Amerika tat das gleiche — jede Aussprache mit irgendeinem Tschechen verschüttet. Der Ministerpräsident hatte unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht die tschechischen Führer bei sich zu sehen gewünscht. Da sie sich gerade in Laibach aufhielten, wo sie mit den südslaïschen Politikern über längst gemeinsame Fragen berieten, bat er den Grafen Attems, sie auf der Rückreise von dem Wunsche des Ministerpräsidenten zu verständigen. Ueberaus geschickt entledigte sich der Sendbote des Ministers seines Auftrages gerade nicht: er hielt es für das Klügste, den Tschechenführer Stanek einfach aus dem Zuge zu holen. Ein wenig verdutzt folgte der in seiner Reise Ueberrumpelte zwar der Einladung, und der Freiherr vertrat den Standpunkt, daß er die Absage an die englische und ähnliche Erklärungen durch die Tschechen selbst verlangen müsse. Aber der Parteiführer verhielt sich kühl und ablehnend, die Forderung des Ministers überhörte er; für Oesterreich war kein positives tschechisches Bekenntnis mehr zu erreichen. Und die Südslawen gewöhnten sich, auf jegliche Vorstellung mit der Klage zu erwidern, daß für sie besonders Oesterreich keine Verwaltungsfreiheit hätte. Klagen und Beschwerden steigerten sich mit den Rückzügen in Frankreich, die in Oesterreich die Deutschen entmutigten, die Slawen entfachten, die Tschechen völlig verhärteten. Viel-

leicht konnte aus all dem innerpolitischen Wirral, in das im Hochsommer 1918 die Monarchie trotz aller Kompromißversuche geraten war, ein Ausweg in friedlichen Zeiten gefunden werden. Auch Ministerpräsident Hussarek, wenn schon er nicht verzweifelte, ersehnte heiß den „ehrenvollen Frieden“. Allzu lang währte der Krieg —

Um die Mitte des Augusts fuhr Kaiser Karl ins „Große Hauptquartier“ nach Spa. Er wollte mit Kaiser Wilhelm über den Frieden sprechen.

Kurz vorher war in Spa der Staatssekretär von Hintze eingetroffen, um auf Grund von Darstellungen, die er von der „Obersten Heeresleitung“ erbat, seine nächste Politik klären zu können. Er kam als Nachfolger des Staatssekretärs von Kühlmann, der im Juli, der „Obersten Heeresleitung“ von Anbeginn unbequem und von General Ludendorff heftig befehdet, über eine vor dem Reichstag gehaltene und gleich darauf vor dem Reichstag widerrufene Rede gestürzt war. Er ging unter kaum verhehlter Genugtuung des Ersten Generalquartiermeisters, fallengelassen vom Reichskanzler Grafen Hertling, der sich eines Sinnes mit General Ludendorff zeigte, als ein Mann, dessen Grundsätze innerhalb von achtundvierzig Stunden die Begriffe schwarz und weiß offenbar für vereinbar hielt, als ein Mann, dessen Nerven beliebig auf Impulse von außen schwankend gemacht werden konnten, als ein Staatsmann, den der Generalquartiermeister in Kürze ohne Hemmung als den „Typ des deutschen Diplomaten nachbismarckischer Zeit“ bezeichnete, und den die Öffentlichkeit vor allem als schwächlich empfinden mußte, weil sie seine wirkliche Haltung und die geistigen Unterlagen seiner Politik weder in Brest Litowsk, noch in Bukarest kannte, so wenig, wie die inneren Vorgänge bei des Staatssekretärs Reichstagsrede und Widerrede.

Vor den Reichstagsabgeordneten hatte er eine Ueberzeugung ausgesprochen: daß er nicht daran glaube, der Krieg könne nur durch Waffengewalt entschieden werden. Er hatte damit nichts ausgesprochen, das als Glaubensbekenntnis neu für ihn gewesen wäre; nichts, was als Entmutigung für ein denkreifes, hart von vierjährigem Ringen unter schwersten Bedingungen betroffenes Volk betrachtet werden mußte, und wer die Vergangenheit des Staatssekretärs von Kühlmann kannte, mußte sogar wissen, an wessen Adresse das Aussprechen seiner Ueberzeugung gerichtet war. Er suchte noch einmal, vielleicht zum letzten Mal: England.

Kurz vor Kriegsausbruch war der Botschaftsrat von Kühlmann aus dem Auslande nach Deutschland zurückgekehrt. Er war von London heimgekehrt, in der Hand einen staatsmännischen Triumph, der ihm größer, wichtiger, folgenschwerer schien als irgendein staatsmännisches Abkommen oder irgendein Ereignis, dessen er sich überhaupt in der Geschichte des deutschen Volkes bessinnen konnte. Vielleicht stellte das Ergebnis seines Londoner Aufenthaltes sogar den bisher denkwürdigsten Wendepunkt der Geschichte Europas und aller Staaten dar. Der Botschaftsrat hatte im Frühjahr und bis in den Frühsommer 1914 mit Sir Edward Grey über eine Verständigungsmöglichkeit zwischen England und Deutschland gearbeitet: zwei Staatsmänner erster Ordnung hatten am Tische der Vernunft miteinander beraten, ohne daß das Klirren der Waffen wichtigere Weltwirtschaftspläne verwirren und beirren sollte. Sir Edward Grey sah einen Krieg mit Deutschland, in den ganz von selbst durch ihre Bündnispflichten alle Völker gerissen werden müßten, als das gleiche, schlechte, englische Geschäft, das ihm der Botschaftsrat selbst für den Siegesfall als wenig aussichtsreiche deutsche Zukunft vorrechnete. Und sowohl

der englische, wie der deutsche Staatsmann fanden sich in der Ueberzeugung schnell, daß die aussichtsreichere Möglichkeit in jedem Falle in der Verständigung läge.

In England hatte es immer schon eine Schule von Politikern gegeben, die es für weiser hielt, dem rasch empor gekommenen Gebilde in Mitteleuropa befriedigenden welt politischen Spielraum zu gewähren, statt auf Unterdrückungsmöglichkeiten oder Krieg zu hoffen, durch die Deutschland wieder zurückgeworfen werden könnte. Die Schule begriff die Notwendigkeit deutscher Expansion und stimmte darin bei, daß ihr geeignetstes Gebiet Afrika darstellen müßte, der einzige Kontinent, auf dem die Frage der europäischen Macht sphären vorläufig nur in verschwommenen Umrissen eingezeichnet war. Uebrigens besaß dort Deutschland bereits eine Reihe von Stützpunkten, in der kurzen Zeit bismarckischer Kolonialpolitik allerdings mehr nach dem Zufall sich bietender Gelegenheiten, als nach einem einheitlichen Plane erworben. Kommenden Generationen verhieß Afrika eine Quelle ungeheurer Reichtümer. England galt jener verständigungsbereiten politischen Schule als annähernd gesättigt: der jüngeren Macht konnten Ausstrahlungsgebiete und Reichtumsquellen, sobald dies auf gemeinsam mit England beschlossenen Grundlinien geschah, ohne Gefahr überlassen werden. Schon mit dem Grafen Hatzfeld, Deutschlands bedeutendstem Botschafter am englischen Hofe, hatte Lord Salisbury zur Zeit des Burenkrieges aus solchem Gedanken gange heraus ein Eventualabkommen geheimer Art geschlossen. Für den Fall, daß Portugal seinen gewaltigen, vollkommen unentwickelten afrikanischen Kolonialbesitz, für dessen Ausgestaltung es weder Mittel noch Menschen besaß, in finanziellen Bedrängnissen zu verpfänden genötigt sein sollte, war die Teilung in eine deutsche und englische Interessensphäre festgelegt worden. Graf Hatz-

feld hatte bei dem „Delagoa-Bai-Abkommen“ von 1898 mit der Möglichkeit gerechnet, daß Portugal in Schwierigkeiten und damit in die Zwangslage geraten werde, Anleihen aufzunehmen zu müssen. Für das Reich, für das er arbeitete, hoffte er aus solcher Situation reales Kapital zu schlagen. Zwar verstand es 1904 der portugiesische Gesandte in London, den Besuch seines jungen Souveräns am englischen Hofe so geschickt auszunützen, daß König Manuel die formale Erneuerung des noch aus dem sechzehnten Jahrhundert stammenden „Vertrages von Windsor“ zugestanden wurde. England wiederholte Portugal noch einmal die Garantie seines kolonialen Besitzstandes. Aber was Lord Salisbury und Graf Hatzfeld geheim verhandelt und beschlossen hatten, blieb darum dennoch unberührt. Die Schwierigkeiten des portugiesischen Königreiches wurden nicht schwächer, wenn England einen uralten Vertrag bestätigte. Schlimmer war, daß die deutsche und englische Politik im Anfang des neuen Jahrhunderts allmählich begann, voneinander fortzustreben. Daß die Entfernung mit der ersten Marokkokrise sichtlich immer größer wurde. Und daß so das ganze Zukunftsabkommen des Botschafters Hatzfeld schließlich nichts weiter mehr bedeutete, als tote Buchstaben.

Dann hatte die Marokkokrise von 1911 am Kriege unmittelbar und haarscharf vorbeigeführt. Im Aufatmen über die Entspannung verspürte Englands liberales Kabinett wieder stärker den Wunsch, auf alle Fälle endlich, um ähnliche jähre Kriegsgefahr nicht mehr aufkommen zu lassen, das Verhältnis zu Deutschland zu verbessern. Auch gewährte ein geändertes und gepflegtes Verhältnis zum Deutschen Reiche der englischen Politik weitgehende Bewegungsfreiheit gegenüber französisch-russischen Absichten, die England anfangt in bedenklicher Beleuchtung zu sehen. Die in traditioneller Arbeit erzogene englische

Diplomatie schien jetzt durchaus geneigt, mit Lord Salisburys Wegzeichen die Weltordnung noch einmal abstecken zu lassen.

Im Herbst 1911 wurden die ersten erneuten Tastversuche von beiden Seiten mit großer Behutsamkeit unternommen. Es entsprach dem Wesen der englischen Diplomatie, daß sie erst in unverbindlichen, persönlichen Unterhaltungen aus gesellschaftlichem Anlaß, hauptsächlich mit dem als Geschäftsträger fungierenden Botschaftsrat von Kühlmann, vorsichtig sondierte, auf welchen Gebieten englische Zugeständnisse möglich wären, um zu einem besseren Verhältnis mit Deutschland zu gelangen. Die Antworten des gefragten Diplomaten, die nichts als seine Privatmeinung kennzeichneten, wiesen nach Kleinasien und Afrika. Es bot sich Gelegenheit, den Umfang deutscher Wünsche genauer zu umschreiben; einflußreiche Mitglieder des Kabinetts nahmen den Gedanken einer deutsch-englischen Annäherung lebhaft auf, doch nie verließen die Gespräche die Grundlage unverbindlichen Gedankenaustausches bei gelegentlicher, gesellschaftlicher Zusammenkunft. Freiherr von Eckardtstein hat die meisterhaft präladierende, dem kontinentalen Staatsmanne nicht durchwegs geläufige Art der englischen Diplomatie, die sich nie bis zum Anstoßen vorwagte, nie sich band und nichts aufzurichten begann, ehe sie sich nicht der Vorbedingungen überall vertraulich versichert hatte, als Kunst in seinen Erinnerungen überliefert. Endlich befaßte sich so auch das Kabinett mit dem angesponnenen Gedanken. Lord Haldane reiste nach Berlin.

Zunächst bedeutete seine Sendung einen Fehlschlag. Denn gleich an den Eingang der Berliner Unterhaltung waren die Fragen der Flottenrüstung und eines Neutralitätsbündnisses zwischen England und Deutschland gestellt. Es zeigte sich der Einfluß des Admirals Tirpitz und seines

Anhangs zu stark, um den Gedanken einer Verständigung über die Flotten nicht zum Scheitern zu bringen. Und die Rücksichten, die England immer noch auf Frankreich zu üben hatte, erlaubten die Formulierung eines Neutralitätsbündnisses nicht so, daß die deutschen Wünsche sich befriedigt sahen. Klar trat bei den freundschaftlichen und streng vertraulichen Unterhaltungen die unbedingte Entschlossenheit Englands hervor, in allen Fällen sich neutral zu halten, außer in dem einzigen Falle, daß Deutschland einen Angriff auf Frankreich unternehme. Die große Angst der englischen Staatsmänner war: gerade eine allzu weit gespannte Neutralitätsformel könne Angriffslustige in Deutschland zu einem Ueberfall auf den Nachbarstaat verleiten. Die Mission des Lords war so zwar in den beiden Hauptpunkten gescheitert. Dennoch blieb die englische Annäherungsbereitschaft. Ihre geistigen Träger, denen die Fehlerquellen des ersten Versagens schon damals offen lagen, beschlossen nunmehr, den von ihnen schon ursprünglich für richtig gehaltenen Weg zu beschreiten: alle wirklichen Reibungspunkte zwischen den beiden Staaten durch diplomatische Verhandlungen auszuschalten, eine Reihe gemeinsamer Interessen zu schaffen und aus der ehrlichen Ausführung des Vertragswerkes eben jene Besserung des Verhältnisses erwachsen zu lassen, die von den Verständigungsfreunden gesucht wurde. Auf gleiche Art war die englisch-französische Annäherung zustande gekommen. Der Botschaftsrat von Kühlmann sah nicht ein, warum nicht auch eine deutsch-englische Annäherung Wahrheit werden könnte.

Seine Ueberzeugung blieb dabei, daß Deutschlands wichtigste Zukunft Afrika hieß. Allmählich wußte er die Dinge so zu lenken, daß das alte Abkommen zwischen Lord Salisbury und Graf Hatzfeld wieder hervorgeholt wurde. Das Abkommen sollte revidiert, sollte dem Zeitpunkt an-

gepaßt werden. In außerordentlich langwierigen, von beiden Seiten mit größter Zähigkeit geführten Verhandlungen gelang es schließlich, das Vertragswerk tatsächlich bis zur Paraphierung durchzuführen. Seinen Grundgedanken machte es aus, daß jede der Vertragsparteien sich aus dem Einflußkreise zurückziehe, den sie der anderen Partei eingeräumt hatte; daß beide Parteien die wirtschaftliche, vor allem die verkehrspolitische Expansion wechselseitig mit wirklichem Wohlwollen begünstigten; daß die verabredeten Grenzen der Einflußsphären sich daher so weit, wie irgendmöglich, mit dem ökonomisch-politischen Wirtschaftsgebiet der Vertragschließer decken sollten. Deutschland wurde in Afrika vor große zusammenhängende Ländereien mit gewaltigen, schlummernden Reichtümern gestellt. Vom Oranje sollte im Westen in der Hauptsache sein neues Wirtschaftsgebiet in ungebrochener Linie bis zum Kongo-flusse reichen; vom Sambesi im Osten des Kontinents die deutsche Wirtschaftssphäre bis an die Grenze von Englisch-Ostafrika. Der wirtschaftliche Aufstieg konnte an der Zukunft des Kongoproblems nicht vorbeigehen. Die unvermeidliche Entwicklung des großen, portugiesischen Kolonialbesitzes wurde von einer Quelle möglicher deutsch-englischer Reibungen zu einem Grund für die Beziehungen beider Länder. Es sollten um diese Gebiete keine Waffen fechten. Der Botschaftsrat von Kühlmann dachte überhaupt nicht allzu viel von militärischen Entscheidungen allein. Diplomatische Verhandlungen schienen ihm wichtiger und aussichtsreicher. Und gerade auf kolonialpolitischem Boden hielt er die erobernde Macht der Wirtschaft und Kultur für wirksamer, als die Macht der Flinten und Kanonen.

Ihm ging es um Bahnen und Schiffe. Um Shares und Aktien. In London hatte er sich angewöhnt, bei den Kaufherrn der City so häufig Gast zu sein, wie im Foreign

Office. Jetzt wollte er seine in England vertiefte Staatswissenschaft praktisch versuchen. Die Börsen, die Banken sollten die neuen, anderen Waffen staatsmännischer Austragung werden. Solch moderner Anschauung der Dinge und Mittel konnte die Frage der Flagge als sekundär gelten, — die Kräfte, die dort wirkten, die Kräfte, die Reichtümer heimbrachten, sollten fortan vor allem deutsch sein. In Portugiesisch-Afrika wirtschafteten noch immer „Konzessionsgesellschaften“, deren größte die „Compania di Mozambique“ war, mit alten, verbrieften Privilegien. Ihre Shares waren meist in englischen Händen. Nach dem Geiste des Vertragswerkes konnte der Uebergang in deutschen Besitz geschehen. Die Konzessionsgesellschaften hatten das Recht, Polizeitruppen zu ihrem Schutz zu halten. Waren die Aktien der Gesellschaften deutsch, waren so die Gesellschaften deutsch, so vermochte man wohl, auch leistungsfähige Polizei aufzustellen. Sie wahrte dann Sicherheit und Schutz von Menschen und Aktien und Arbeit, auch unter portugiesischer Flagge. Uebrigens verbürgten sich die Vertragschließenden gegenseitig „das Recht, für Sicherheit und Schutz des Eigentums zu sorgen“. Die Einmischung einer dritten Macht in die durch das Abkommen geschaffenen Verhältnisse müßte beide Vertragspartner zu gemeinsamer Abwehr aufrufen, und so war es denkbar, daß Deutschland und England auf Grund der Abmachungen Schulter an Schulter gegen Dritte gestanden hätten — —

Die neue Londoner Arbeit rastete nicht. Unmittelbar nach der Verständigung über die afrikanischen Kolonien schritten die beiden Verhandlungspartner an das zweite Problem, das sie jetzt zu lösen gedachten: an die Verständigung über Vorderasien. Dort hatte das Deutsche Reich den Bau der Bagdadbahn, deren erster Ansatz und Plan auf englische Unternehmungslust und englisches Kapital

zurückzuführen war, zwar mit türkischer Bewilligung, aber ohne Fühlung mit der britischen Regierung, später gegen deren heftigen diplomatischen Widerstand unternommen. Ihr Endpunkt war Kuweit am Persischen Golf, die Residenz eines nach englischer Behauptung unabhängigen arabischen Sultanats, auf das die im Golf kreuzenden englischen Kriegsschiffe zweifellos größeren Eindruck übten, als alle dort etwa in Frage kommenden deutschen Interessen. Ihnen verlegte die britische Herrschaft im Golf vollends die Entfaltung. Aber nunmehr versuchten — seit dem Frühjahr 1914 — Sir Edward Grey und der Botschaftsrat von Kühlmann, zwischen England und Deutschland eine Klärung herbeizuführen, die beide Teile befriedigen konnte . . .

Die vorbereitenden Arbeiten endeten damit, daß die Verständigung auch über Kleinasien beschlossen wurde. Sie blieben auch hier nicht bei allgemeinen Grundrissen stehen, die auf leichte Art sich wieder verwischen ließen. Sie arbeiteten große Linien und kleinste Einzelheiten. Das Tor des Ostens sprang vor Deutschland auf. Mesopotamien wurde ein neues deutsches Weltwirtschaftsland. Sein Petroleumreichtum, durch Kombinationen auf dem Aktiengebiete, zwischen Deutschland und England aufgeteilt, der deutsche Einfluß im Vorstande gesichert. Mit bestimmten Aktienanteilen wurde Großbritannien, das nunmehr auch zur Finanzierung herangezogen wurde, an der Bagdadbahn selbst beteiligt. Basra wurde der neue deutsche Endpunkt am Persischen Golf mit Englands Einverständnis. Die Tigrisschiffahrt, die Schiffahrt auf dem Euphrat hörten auf, ein englisches Monopol zu sein. Das Deutsche Reich hatte auch an ihnen fortan seinen Anteil. Drei Häfen verfrachteten ihm asiatische Güter: Konstantinopel, Alexandrette, Basra. Die Anschlüsse der Bagdadbahn mit Frankreichs Häfen und Bahnen in Syrien, mit Adalia, wo

die Italiener ihre Hafenkonzession besaßen: das ganze Netz wurde geregelt und geordnet, Masche um Masche, — die englischen Bahnen wollten Mittlerdienste im Zubringen tun. Und indes der Botschaftsrat von Kühlmann, von Berlin her durch den gründlichen Orientkenner Legationsrat von Rosenberg unterstützt, mit Sir Edward Grey über dem Hauptvertrag arbeitete, gingen rastlos die Nebenverhandlungen mit französischen, türkischen, italienischen Sonderkommissionen in London, Berlin, Paris. So weit dies möglich war, sollte für die Zukunft Mißhelligkeit und Eifersucht um der türkischen Frage willen zwischen Deutschland und England ausgeschaltet sein: die letzte Aktiengesellschaft, wo und wie sie Deutschland jenseits der fernsten Meere, in den verstecktesten Winkeln und an den offenen Plätzen der Welt sollte errichten können, wurde jetzt festgestellt.

Kamen aber England und Deutschland zum ersten Male, seit Geschichte gemacht wurde, wirklich zu einander, so war im Grunde damit die ganze Welt bereinigt. Es konnte sein, daß der Kriegsgedanke darüber zwischen den Staaten überhaupt starb. Vielleicht war die krieglose Zeit, ganz auf Gedeihen und Wirtschaft gestellt, auf Menschheitsalter angebrochen: Deutschland und England Hand in Hand — sie hielten beide eine Welt, die zum Ruhehalten verurteilt war, wenn sie die Ruhe selbst nicht halten wollte. Und der Augenblick nie mehr geglaubter Erfüllung war jetzt wirklich gekommen: England erbot sich, nicht mehr allein eine Welt besitzen zu wollen, deren Reichtum auch andere noch ertrug — ein ferner, nie mehr gewagter Traum war Morgenrot und wahrhaftiges Erwachen geworden: die deutsche, weite Weltfreiheit war da. Und alle Waffen sollten schweigen — —

Die beiden Staatsmänner wurden einig in allen Punkten. Ihren Abreden folgten die Niederschriften. Sie füllten

Pergamente um Pergamente. Die Genauigkeit der Einzelheiten füllte schließlich pergamentene Bände. Sir Edward Grey und der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky setzten ihre Paraphe auch unter den kleinasiatischen Vertrag. In bewußter Uebereinkunft diplomatischer Ueberlieferung galt der Vertrag als geschlossen. Der Botschaftsrat von Kühlmann atmete tief auf. In mündlichen Verabredungen hatte er mit dem Foreign Office auch noch die Möglichkeit von Zusatzabkommen über indische und ostasiatische Fragen vorgesorgt. Zu hoffen war, daß überdies, was an Lord Haldanes Mission als übereilige Forderung drei Jahre zuvor gescheitert war, in vielleicht naher Zeit das große Verständigungswerk krönen konnte: das Neutralitätsabkommen — —

Das Gesamtwerk der deutsch-englischen Verständigung, das Abkommen über Afrika und Vorderasien, lag fertiggestellt am 8. Juli 1914. Der Botschaftsrat verließ London zwei Tage später. Er eilte über Holland in schwerer Anspannung in die bayrischen Berge. Denn gegen Augustbeginn pflegte der Botschafter längeren Sommerurlaub anzutreten. Monate anstrengender Arbeiten standen bevor. Mit Sir Edward Grey war für die Verträge, deren Reinschriften gleichfalls bei der Abreise des Botschaftsrates schon fertig lagen, als Tag der Ratifikation der 4. August 1914 vereinbart worden. Das Schriftstück, das die Zustimmung des deutschen Auswärtigen Amtes zu der Ratifikation aussprach, traf aus Berlin am 31. Juli in London ein. Es wurde in der deutschen Botschaft zugleich mit der Berliner Depesche überreicht, daß „der Zustand drohender Kriegsgefahr“ in Deutschland verkündet worden sei.

Am 4. August 1914 flog die Kriegserklärung in die Welt. Das Werk des großen deutsch-englischen Ausgleiches war vernichtet.

An sein Amt hatte sich der Botschafter von Kühl-

mann später im Kriege nicht gedrängt. Und er hatte es erst auf sich genommen, als Kaiser Wilhelm ihn den ausdrücklichen Wunsch dazu durch den Reichskanzler Michaelis wissen ließ. Pessimistisch kam er: pessimistisch hatte er von Anbeginn die Aussichten des ganzen kriegerischen Unternehmens gesehen. Noch dem Kanzler Bethmann hatte er durch den Chef der Reichskanzlei in den kritischen Tagen 1914 sagen lassen:

„Was wir heute versuchen, hat ein Größerer versucht und ist daran gescheitert, — Napoleon.“

Er warnte aus historischen, strategischen, politischen Erwägungen. Sie waren längst vertieft durch Studienergebnisse auf weiten, dienstlichen und selbstunternommenen Reisen, durch eine genaue Kenntnis Englands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei, wo er mancherlei verwandtschaftliche Beziehung und viele Freundschaften durch Jahre gepflegt hatte. Admiral Mahans Buch über den „Einfluß der Seemacht auf die Geschichte“ hatte er mit den Folgerungen, die er für Deutschland ableitete, zum Ende weltpolitisch durchgedacht: noch nie hatte eine Macht mit starkem Landheer in dauerndem Krieg gegen eine Macht mit starken Flotten triumphiert. Nicht nur der Botschafter von Kühlmann war von dem Werke des amerikanischen Admirals beeinflußt, Kaiser Wilhelm selbst teilte, so schien es dem Diplomaten, Mahans Auffassungen. Nur daß der Kaiser dabei dennoch in einen offensären Gegensatz zwischen seiner eigenen internationalen Politik und den Beruf geriet, den er seiner Flotte zuwies. Er vermochte es nicht, die deutsche Flottenstärke so zu steigern, daß sie die Beherrscherin der Meere oder eine Seemacht würde, mit der niemand einen Zweikampf wagte. Aber obgleich dies Ziel nicht erreicht werden konnte, überschritt Wilhelm II., von Männern der Marine so beraten, die Grenzen einer Seemacht, wie sie etwa Frankreich gezogen waren

und von England noch ertragen wurden. Der Kaiser verkannte die natürlichen und von niemand mißdeuteten Aufgaben jeder Flotte für ihr Land, er überschätzte den ihr von selbst bestimmten Rahmen. Ehrlich war sein Wille, den Frieden mit aller Welt zu halten. Aber indem er die deutsche Seemacht zu jener Stärke führte, die für England bereits spürbare Rivalität wurde, vermochte er nach allen Anstrengungen maritimer Rüstungen dann im Jahre 1914 doch nur ein schwächeres Deutschland gegen ein immer noch allgewaltiges England aufzubieten. Die Landheere der Mittelmächte waren freilich groß und sie schienen kaum besiegbar. Ihre Führer trauten sich die Entscheidung durch die Heere zu. Aber den weltpolitischen Problemen Mahanscher Färbung stand der deutsche Generalstab, wenn er sie überhaupt durchdacht hatte, zuletzt doch nur mit dem Gedanken und Thema des Zweifrontenkrieges gegenüber. Erst im Kriege selbst bemühte er sich um die vernachlässigte Weltperspektive: die Generale von Falkenhayn und Ludendorff rangen beide, zu spät, nicht glücklich und selbst bei ertrotztem Erfolg ohne Hoffnung auf England vernichtende Wirkung, wenigstens um den Besitz von Suez. Unklar war sogar, wie weit die deutsche Marine im Durchdenken der Weltperspektiven gekommen war. Soweit die Kenntnisse des Botschafters von Kühlmann reichten, fand sich kein fertiger Operationsplan gegen England vor. Die Generale glaubten an die Landmacht. Sie hofften auf ihre unbedingt überlegene Führung. Sie rechneten überdies mit der Stärke der deutschen Koalition. Der Botschafter von Kühlmann warnte den Kanzler noch in anderer Rechnung. Fiel der eine Bundesgenosse aus, so war die Entwicklung so, daß Deutschland überhaupt einen „Solokrieg“ führte. Im September 1914 mußten dann, inmitten der Erlebnisse an der Marne, unterrichtete, kühle Beurteiler sich auch noch eingestehen, daß die stra-

tegischen Leistungen der obersten deutschen Feldherrn den Ruf nicht rechtfertigten, der für sie in den Stimmungen des deutschen Volkes angebahnt war. All dies hatte dem Botschafter, der 1916 in Konstantinopel die Schwäche der Türkei bestätigt fand und die österreichisch-ungarische Monarchie noch brüchiger glaubte, als sie vielleicht war, noch vor dem kaiserlichen Ruf den schweren Pessimismus bestärkt. Vom Unterseebootkriege hatte er dem Kaiser abgeraten. Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte ihn, obwohl er als Botschafter damals gar nicht dazu berufen war, zugleich mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau dem Kaiser zum Vortrag vorgeschlagen. Gerade der Staatssekretär von Kühlmann, der die Bedeutung der Seemacht so hoch einschätzte, hatte keinen Grund, da auch noch die Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg eingetreten waren, seinen Pessimismus mit Optimismus zu vertauschen.

Er glaubte nicht an den deutschen Sieg, gegen den alle Voraussetzungen deutlich zu sprechen schienen. Er glaubte nicht an eine günstige Entscheidung durch die Waffen, wie oft sie auch der Erste Generalquartiermeister ansagte, schon in dem Augenblicke nicht mehr, da er die Leitung der auswärtigen Geschäfte an sich nahm. Wenn es überhaupt einen Weg gab, heil aus dem Kriegsunternehmen herauszukommen, so konnte es nur der Weg der Verhandlungen sein. Behielten die Generale recht, um so besser. Aber der Staatssekretär wollte um den „diplomatischen Frieden“ von der ersten Minute an kämpfen.

Er überrechnete die Karten, die er im Spiel mit Deutschlands Gegnern besaß. Er war sich darüber klar, daß die Vereinigten Staaten keinesfalls Vertrauen zu einer Macht fassen würden, die nach ihrer Meinung alle Schlichtungsversuche durchkreuzt und mit dem U-Bootkrieg beantwortet hatte. Er war sich darüber klar, daß er sich über-

haupt nur mit England oder Frankreich auseinandersetzen könne und fand dabei, daß von den beiden Karten in seiner Hand — Elsaß-Lothringen und Belgien — nur die eine Karte beim Ausspielen von wirklichem Wert sein konnte: der belgische Besitz. An Versuchen in der elsässisch-lothringischen Frage hatte er es nicht fehlen lassen. Noch dem Reichskanzler Michaelis hatte er die Gewährung der Autonomie an Elsaß-Lothringen vorgeschlagen und der Kanzler war auch gewonnen worden, obgleich die „Oberste Heeresleitung“ sich leidenschaftlich dem Plan widersetzte. Der Elsässer Schwander trat damals in die Regierung ein. Als Graf Hertling indes die Kanzlerschaft Michaelis ablöste, war es mit wesentlichen Zugeständnissen an Elsaß-Lothringen auch schon wieder vorbei. Sie wurden von allen Seiten abgelehnt, wobei sich die Sozialdemokraten vor allem gegen die Möglichkeit verwahrten, daß bei solchen Zugeständnissen für die Reichslande an Frankreich gedacht werden könnte. Und der neue Kanzler war dem Autonomiedanken um so abgeneigter, als er sich vor König Ludwig von Bayern sehr für dessen Wünsche eingesetzt hatte, mit den beiden Ländern die Hausmacht der Wittelsbacher zu vergrößern. Nunmehr verließ auch der Elsässer wieder die Regierung. Der Staatssekretär von Kühlmann nahm die Enttäuschung an dem ganzen Projekt nicht schwer. Präsident Poincaré verlangte den Wiederbesitz von Elsaß-Lothringen restlos. Kaum wäre eine wirkliche Einigung zustande gekommen. Der Staatssekretär besaß in Wahrheit überhaupt nur eine einzige Karte: Belgien.

Er mußte die Verständigung mit England suchen. Immer hatte sich ihm die englische Politik so gespiegelt, daß das Inselreich nie Freunde oder Feinde, daß es immer nur ungefährliche Nachbarn oder augenblickliche Gegner hatte. Nordamerika, Japan und Rußland

waren zuletzt auf dem Wege gewesen, der englischen Weltmachtstellung als schwerste Gegner zu erstehen. Um niemand allzu stark werden zu lassen, trieb England seine Politik des Weltgleichgewichtes, die es vor Weltzusammenstößen so lange schützen konnte, bis einer seiner Rivalen solche Macht auf den Meeren anstrehte oder erreicht hatte, daß sie an Englands Lebensnerv rührte. Dann schuf England die große Koalition, mit der es den Gegner vernichtete. Jetzt war Rußland aus Englands Machtkreis ausgeschaltet, höchstens bedeutete es einen für England unbequemen Revolutionsherd. Die deutschen Seemachtgelüste waren ausgelöscht auf lange Zeit. Die deutsche Erholung wurde in späten Jahrzehnten erst vielleicht wieder eine Weltmachtziffer. Es war der englischen Politik noch mehr, als zu der Zeit, da sie um russischer Entwicklungen willen den Dreibund freundlich angesehen hatte, vermutlich gerade jetzt erwünscht, nach Osten zu eine gemäßigt konservative, nicht zu schwache, nicht zu angriffslustige, auf den Meeren nichtssagende Macht auf Wache zu wissen. Ihr lag nichts an der Machtstärkung der Franzosen; noch weniger konnte ihr daran gelegen sein, daß das Ende des Krieges als eigentlichen und unabdingten Sieger die Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigte. Der Staatssekretär von Kühlmann hatte die Empfindung, daß nicht alle Versuche einer Aussprache mit England aus all diesen Gründen aussichtslos sein müßten. Was Belgien betraf, so war das Unrecht von 1914 England wesentlich unwichtiger als die Ueberlieferung, keine starke Landmacht an den ihm gegenüberliegenden Küsten dulden zu wollen. Und selbst die Frage der deutschen Kolonien, über die es hart vor dem Kriege mit sich hatte reden lassen wollen, konnte kein entscheidendes Hindernis sein. Ueberzeugt war der Staatssekretär, daß er zu England nicht in breiter Oeffentlichkeit sprechen dürfte: nicht vor aller

Welt und namentlich nicht vor Frankreich, das durch englisch-deutsche Aussöhnung die Erlangung von Elsaß-Lothringen gefährdet sah. Für England war Elsaß-Lothringen kein Grund, zu keinem Frieden mit Deutschland zu kommen, wenn sonst nur alles stimmte. Unterhielt sich der Staatssekretär mit England vor aller Welt, band er vor aller Welt die deutsche Politik an die Zusage, daß er Belgien freigeben und wiederherstellen wolle, spielte er das Einzige, das er zu geben vermochte, öffentlich und als beschlossen aus, so war es vielleicht umsonst ausgespielt. Nicht nur, weil dann Frankreich alles zu hintertreiben gute Gründe hatte. Auch weil England nichts dann zuzugestehen brauchte, da es selbst nichts mehr an deutschen Zugeständnissen zu wünschen hatte. Der Staatssekretär beschloß, vertrauliche Wege zu gehen. Und vor allem Wege persönlicher Beziehungen. Er spann, rasch nach der Uebernahme seines Amtes, die ersten Fäden.

Belgien war des Staatssekretärs einzige Karte. Er mußte sie so besitzen, daß er sie ganz und in jedem Augenblick ausspielen konnte, der die Entscheidung war. Er wollte über Belgien unbedingtes Verfügungsrecht: über Belgien verlangte er einen „Blankoscheck“. Ueber die Bedeutung seiner Forderung war er sich klar. Ueber den Beschuß ihrer Gewährung führte er einen Kronrat im Schloß Bellevue herbei.

Am 4. November 1917 hatte der Reichskanzler in geheimer Sitzung den Staatssekretär des Reichsmarineamtes über die Ansicht der Flottenleitung befragt, zu welchem Zeitpunkt die Wirkung der Tauchboote sich aussprechen müßte. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes vermochte dem Kanzler keinen Zeitpunkt zu nennen. Die Frage wurde dringlicher: „ob in drei Monaten, in sechs Monaten, in einem Jahr“ — — Der Staatssekretär des

Reichsmarineamtes erklärte sich außerstande, Sicherheiten durch seine Antwort zu geben. Und nunmehr beschloß, nachdem er vorher in geheimer Sitzung zur Vorbereitung alle Staatssekretäre unterrichtet, der Leiter der auswärtigen Politik, sich volle Freiheit des Handelns in Bezug auf Belgien um jeden Preis zu verschaffen.

Die Verfassung bestimmte als verantwortlichen Ratgeber des Kaisers den Kanzler. Aber der verstrickte Apparat des Krieges, der Krieg selbst, die notwendige Anerkennung, daß die Armee naturgemäß das wichtigste Instrument des kämpfenden Reiches darstelle, hatte neben dem Rat des Kanzlers die Stimme der „Obersten Heeresleitung“ mächtig, häufig übermäßig vor dem Kaiser werden lassen. Die ungeheuren Ausmaße des Weltkrieges, das ineinandergreifen unendlich vieler Fragen, vor denen schon der Reichskanzler Bethmann-Hollweg sich eingestanden hatte, daß sie ein Einzelner weder bewältigen, noch entscheiden könnte, begründeten oft den Mitspruch der ersten Generale. Aber noch öfter hatten sie das natürliche und sogar unerlässliche Maß des Mitspruchs überschritten. In der Abwehr war die Reichsregierung immer schwächer geworden. Der Kaiser hatte die Machtphasen nicht streng genug geschieden. Allmählich hatte die „Oberste Heeresleitung“ sich daran gewöhnt, in vielen Fragen selbstständig vorzugehen und selbstständige Programme aufzustellen. Ueber Belgien verfügte sie annexionistisch. In feierlichem Kronrat oder eigentlich, da nur die preussische Verfassung, nicht aber das Reich die Einrichtung von Kronräten kannte: in feierlichem „Geheimem Immediatvortrag bei Seiner Majestät“ wollte der Staatssekretär von Kühlmann jetzt alle Einflüsse, alle Entscheidungen mit der kaiserlichen Entscheidung auf die ihm besiegelte Zusage vereinigen, daß die auswärtige Politik allein und selbstständig zu richtigem Zeitpunkt die belgische Frage

in einer Form aufrollen dürfe, die dem Staatssekretär richtig scheine. Er forderte über Belgien den „Blankoscheck“.

In Schloß Bellevue harrte Kaiser Wilhelm mit dem Kronprinzen seiner ersten Ratgeber am 11. September 1917. Der Kronrat über Belgien zeigte den Kanzler neben dem Staatssekretär von Kühlmann, den Ersten Generalquartiermeister neben dem Generalfeldmarschall von Hindenburg. Es erhob sich Graf Hertling zu kurzer Ansprache. Er gab das Bild der deutschen und internationalen Lage und stellte den Antrag, daß die Auswärtige Politik bei möglichen Verhandlungen mit dem Gegner „die Souveränität und Integrität Belgiens als Kompensationsobjekt verwerten dürfe“. Der Erste Generalquartiermeister sprach nach dem Kanzler. Mit mäßigen Ansprüchen, die in der Hauptsache ein deutsches Lüttich und wirtschaftliche Vorteile forderten, stimmte er dem Antrage des Grafen Hertling zu. General Ludendorff wünschte eine Klausel, die seine Forderungen schriftlich festlegte, der Vollmacht für den Staatssekretär von Kühlmann beigelegt. Im Kriegsanfang hatte sich der Gesandte von Kühlmann die Wichtigkeit der Grenzfestung Lüttich von dem Generalstabschef des Lütticher Reviers an Ort und Stelle einmal erklären lassen. Belgien war der Aufmarschraum für Frankreich. Der Staatssekretär verstand, daß es immer an einem Haar hängen müßte, ob vorstoßende deutsche Heeressäulen rechtzeitig die Festung nahmen; daß die Zufälle tausendfach sein könnten, die solch einen Handstreich leicht verhinderten; daß aber der ganze Ausgang eines Krieges mit Frankreich und die Wahl des Kriegsschauplatzes vom Besitze Lüttichs abhängig waren. Hier stimmte er in strategischer Erwägung mit dem Ersten Generalquartiermeister überein. Dennoch hemmte ihn die Klausel. Den Kaiser hatte er als Mittler zwischen Kanzler und Heeresleitung durch den „Immediatvortrag“ in besonders be-

tonter Feierlichkeit auf seine eigene Politik verpflichten wollen. Der Kaiser entschied auch die Vollmacht an den Staatssekretär: mit der Ludendorffschen Klausel, — der Staatssekretär verfügte über den „Blankoscheck“, wenn er die Zugeständnisse über Belgien als Ganzes ausspielen wollte. Auf letzte Einzelheiten durfte er sich bei möglichen Verhandlungen noch nicht einlassen. Dennoch glaubte er, viel erreicht zu haben. Von einem Briefwechsel zwischen Kanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg, der unmittelbar nach dem Kronrat ausgetauscht wurde und den Reichskanzler wieder in vertraulicher Annäherung an die Auffassung der Obersten Heeresleitung zeigte, wußte der Staatssekretär nichts. Er hoffte, wenn er eines Tages vor den Kaiser mit der Friedensgewißheit gegen Belgiens Freigabe hinzutreten vermöchte, wenn er dann dem Kaiser von der Verantwortung spräche, die Gelegenheit zu versäumen, auch noch mehr und alles durchzusetzen. Aus Schloß Bellevue mußte er jedenfalls mit dem Bewußtsein großer Fortschritte aufbrechen.

Die ersten Fäden nach England hatte er längst gesponnen. Behutsam hatte er sondieren lassen, vertraulich auf Umwegen, dennoch verläßlich an entscheidenden Stellen, ob ein vollkommen freies Belgien ihm den „Status quo ante bellum“ für sich und seine Verbündeten verbürge. Verdeckt ging das Gespräch unter persönlichen und allerlei sozialen Vorwänden hin und her, durch sorgsam vorbereiteten Apparat. Er hielt auf die Stunde genau auch die technischen Schritte bereits geregelt, die bei Uebereinstimmung im Grundsätzlichen sofort zu unternehmen wären.

Mitten in die ersten, leisen deutsch-englischen Annäherungsversuche fiel die Friedensnote des Papstes. Ihrer Beantwortung sah England — Nachrichten aus einer feindlichen Hauptstadt gaben Gewißheit — nicht un-

freundlich entgegen. Gleichwohl schien dem Staatssekretär das ganze Gewebe noch zu dünn, um seiner Tragfähigkeit Entscheidendes zuzumuten. Ihm schien es im Augenblick noch allzu gewagt, ehe er auf Sicherheiten bauen konnte, die Beantwortung der Papstnote trotz des Drängens eines „Siebenerausschusses“ im Reichstag, dem er mit einer Demission drohte, zum Rahmen der öffentlichen Erklärung zu nehmen, daß Belgien frei sein sollte. Die Antwort an den Papst hielt der Staatssekretär dilatorisch. Wenn England Sicherheiten gab, konnte die öffentliche Erklärung sehr bald folgen. Aber da rissen die Geheimfäden plötzlich ab. Man wollte in London plötzlich nicht mehr anhören, was aus der Ferne die Stimme des deutschen Staatssekretärs über den Kanal sagen ließ. Er selbst hörte noch irgendwie, daß man als Ausgang aller Versuche zum Näherrücken zunächst doch nichts als Enttäuschung und Bloßstellung besorge. Frankreich betonte plötzlich seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen mit bemerkenswerter Schärfe. Die Fäden rissen ab. Die Erklärung über Belgien hatte der Staatssekretär sich zu seiner Genugtuung nicht entringen lassen. Er mußte wieder warten. Er wollte warten. Noch besaß er seine einzige Karte: den „Blankoscheck“.

Ihm selbst schien die Vollmacht täglich wertvoller. Und täglich mehr der letzte Einsatz. Der Erste Generalquartiermeister machte seine Eröffnungen über die Schwierigkeiten des Ersatzes an Material und Menschen, die der Krieg verbrauchte. Für das kommende Jahr 1918 nannte er sie kritisch, und nur aus seiner Ueberzeugung heraus, daß er rechtzeitig den deutschen Sieg mit den Waffen aufrichten werde, war seine unerwartete Abkehr von dem Standpunkt zu verstehen, den er am 5. November in Schloß Bellevue vertreten hatte. Die Abkehr kam jäh, nach wenigen Wochen schon im Dezember: der Erste

Generalquartiermeister sprach sich wieder gegen die Freigabe Belgiens aus. Aber seine Mitteilungen nahm jetzt der Staatssekretär lediglich als die persönliche Auffassung des Generals zur Kenntnis. Seine Vollmacht betrachtete er als unangetastet, solange der Kaiser, der sie gewährt hatte, nicht selbst sie aufkündigte. Er wollte sie unbedenklich nutzen, trotz des Generals, wenn der nächste Augenblick es gestattete.

Die Tage von Brest Litowsk waren darüber herangekommen. Vielleicht hatte dort die ganze Haltung des Staatssekretärs von dem tragischen Bewußtsein jener ersten, verschütteten Weltbereinigung und des so schweren Wiederknüpfens auch bescheidener Fäden die kühle, in größter Sachlichkeit melancholische und fast fatalistische Färbung bekommen, mit der er, keineswegs als ein Mann der „Obersten Heeresleitung“, vielmehr nur seiner Ueberzeugungen und Erlebnisse, zwischen allen „zwangsläufigen“ Dingen stand. Seine Erinnerung an das ungeheure Kompromiß, zu dem England kurz vor Ausbruch des alles vernichtenden Weltbrandes sich bereit erklärt hatte, der seelische Druck, der von seinem niederschmetternden Erlebnis blieb, mußte den Staatssekretär, ganz abgesehen von seinen nüchternen, realpolitischen Erwägungen, auch psychologisch immer wieder der Bahn zudrängen, die einmal gangbar gewesen war: der Aussprache mit England. Er selbst war im August 1914, da er nach London zurückkehren sollte, um seine Unterschrift unter die inzwischen gleichfalls fertig gestellten Ratifizierungsurkunden zu setzen, fast zusammengebrochen darüber, daß das Tor ins Land der deutschen Seligkeit hatte zugeworfen werden können. England hatte es — zumal es die ganze Kriegsschuldverstrickung, den schweren serbischen, den noch schwereren russischen Anteil nicht durchdrang — vielleicht überhaupt nicht begriffen. War aber Eng-

land, bevor die Kriegsschrecken die Welt durchstürmten, zur Verständigung bereit, hatte es um die Zeit der Papstnote den ersten verdeckten Dialog nicht ganz abgelehnt, so kam es, nicht nur um die Kriegsschrecken abzukürzen, vielleicht doch noch einmal an den verlassenen Tisch der Vernunft zurück. In Brest Litowsk hatte der Staatssekretär nicht an allgemeine Verhandlungsmöglichkeiten geglaubt. Die ganze Lösung der Ostfragen war ihm ein Uebergangsvertrag. Im Innersten sah er einen einzigen Weg zur Rettung Deutschlands: über Belgien und England. Indes er melancholisch, bisweilen in zager Hoffnung, im ganzen kühl zwischen Brest und Bukarest zuwartete, traf ihn eines Tages unerwarteter Anruf. Der Staatssekretär vergaß im Augenblick Melancholie und kühle Haltung. Er antwortete sofort.

Der Anruf hatte ihn im Frühjahr 1918 auf weitem Umweg erreicht: eigentlich kaum mehr als ein persönliches Erinnerungszeichen an gemeinsame Tage hellerer Vergangenheit. Aber der Staatssekretär glaubte, tiefere Interpretation versuchen zu dürfen und sie jedenfalls wagen zu sollen. Und plötzlich setzt ein Spiel mit diplomatischen Scheinwerfern ein, abgeblendet allen, die nicht im Spiel sind, ein stummes Signalisieren mit bestimmten Lichtzeichen, wie es die einsamen Posten im Hochgebirge zwischen weitgetrennten Gipfeln üben, nur daß niemand außer den Signalwerfern die Lichtzeichen überhaupt sah oder gar verstand. Um jene Zeit sollte eine Kommission, an der zwei Gegner ein unpolitisches, aber humanes Interesse hatten, an neutralem Ort in gemessener Höflichkeit zu sachlichem Uebereinkommen sich zusammenfinden. Diese für weitere Kriegsführung oder Kriegspolitik belanglose Konferenz beschickte der Staatssekretär mit sorgfältiger Auswahl der für Deutschland Sprechenden so, daß die Anrufseite aus der Wahl einiger, bei ihr einst wohlgeleit-

tener Sprecher den Wunsch des Staatssekretärs — mit dem Gegner eine Konversation zu beginnen — sehr wohl erkennen konnte. Die Regierung des Gegners hatte nichts unternommen. Aber nach der Nennung und Entsendung der Deutschen bestimmte sie selbst für die an sich belanglose Konferenz Vertreter, denen politisches Gewicht nicht abzusprechen war. Nichts von Bedeutung wurde von Tisch zu Tisch: manches Bedeutsame zwischen den Zusammenkünften gesprochen. Der deutsche Staatssekretär ließ den „Status quo“ für sich und seine Verbündeten anmelden. Dies war die Freigabe Belgiens: der „Blankoscheck“ wurde gezogen. Es konnte der sichere Eindruck gewonnen werden, daß eine zunächst unverbindliche Unterhaltung zwischen dem Auftraggeber jener Anmeldung und einem feindlichen Staatsmann nicht unerwünscht wäre. Im Ablauf der Gespräche dachte man an Einzelheiten einer solchen Begegnung. Kuriere gingen hin und her. Nach der Ansicht, die man im Lande des Gegners von Deutschlands seelischer Verfassung hatte, bestand bei ihm das Bedenken, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich nicht mit den Staatssekretärs bescheidenen Forderungen begnügen würde, daß über einen mageren Ausgleichsfrieden mit ihr noch nicht zu verhandeln sei. Es käme auf die Probe an. Die Probe wurde unternommen. Sie mußte unternommen werden, denn auf den Nachweis, daß die deutsche öffentliche Meinung für den Gedanken eines diplomatischen Friedens reif geworden sei, kam für die Folge alles an.

In Glasgow hielt in der dritten Juniwoche der englische General Smuts eine Rede, der manchen englischen Standpunkt vielleicht ein wenig verwunderte. Im Berliner Reichstag hielt kurz nachher der Staatssekretär von Kühlmann eine Rede, von der er hoffte und sehnlichst wünschte, daß sie niemand verwundern oder daß niemand seine Verwunderung allzu laut betonen möchte.

Schwer war in dieser dritten Juniwoche die äußere Belastung des Staatssekretärs. Was die Vollsitzung des Reichstags betraf, so lag ihm im Augenblick eigentlich nur an einer Besprechung der Ostfragen, wobei unter Umständen auch auf anderes eingegangen werden konnte. Der „Etat des Aeußersten“ stand am 24. Juni im Reichstag zur Verhandlung. Ueber den rumänischen Friedensvertrag beriet am Vormittage des gleichen Tages der „Hauptausschuß für auswärtige Angelegenheiten“ in Verhandlungen, die den Staatssekretär zur Anwesenheit ohne Unterbrechung und zu häufigem Eingreifen zwangen. Er erschien im Reichstag mittags um ein Uhr. In der kurzen Pause zwischen den Verhandlungen des Ausschusses am Vormittage und dem Beginn der Vollsitzung hatte der Leiter der Auswärtigen Politik Geschäfte seines Ressorts, überdies Konferenzen, vertrauliche Beratungen und Empfänge erledigt. Er zeigte sich abgespannt, erschöpft, mit allen sichtbaren Zeichen der Ermüdung. Vielleicht sprach, auch wenn er noch zwei Tage vorher die entgegen gesetzte Absicht geäußert hatte, statt des Staatssekretärs doch der Kanzler selbst. Aber Graf Hertling enttäuschte die Hoffnung. Er spreche nicht. Er fühle sich nicht wohl. Dem Staatssekretär von Kühlmann wurde eine Depesche überbracht. Sie enthielt genaue Einzelheiten über die in Glasgow von General Smuts gehaltene Rede.

Jetzt erhob sich der Staatssekretär. Er sprach über Ostfragen, über allgemeine Fragen, über die Möglichkeit, den Krieg noch durch Jahre fortzuführen, über bessere Vernunft, wenn man den Krieg kürzen könnte. Ueber die von Balfour aufgestellte unsinnige Utopie von Deutschlands Willen zur Weltbeherrschung. Der Reichstag hörte ohne Unruhe zu. Vorläufig erregte ihn die Rede nicht. Die Geheimsprache des Staatssekretärs, der sie hier vor aller Welt führte, verstand, ahnte der Reichstag nicht. Er

horchte dem Rechenschaftsbericht und den allgemeinen Zeitdeutungen eines Mannes zu, der eben in diesem Augenblick, die Depesche mit General Smuts' Rede in der Hand, am Signalisierapparat stand. Der Staatssekretär polemisierte, immer den anderwärts noch unbekannten Text vor sich, gegen die Ausführungen des Generals, wie er dies zur gleichen Zeit gegen die kurz vorher gehaltene Rede Mister Balfours tat. Er hielt dabei äußerlich seine Polemik so, daß auch die Ohren kriegsgemuter Parteien die stets gewollten Töne der Mannhaftigkeit nicht vermissen mußten, indes er nach innen nichts von Balfours oder General Smuts' Reden ablehnte, was er für wichtig für den Fortgang der vertraulichen Unterhaltung nahm, und daß er trotz der Polemik nur Günstiges sprach, das den Fortgang fördern mußte. Im Reden las er von seiner Depesche die Glasgower Worte des englischen Generals:

„Und es gebe Leute, die unter einem alliierten Sieg die vollständige Niederzwingung Deutschlands, die Ueberschreitung des Rheins und die Diktierung des Friedens in Berlin verstünden: er rechne sich nicht zu jenen Kreisen“ — —

Der Staatssekretär wußte genug. Man war auf dem Wege zum Verhandeln. Man war sogar schon mitten in den Verhandlungen drin. Er mußte die deutsche Oeffentlichkeit nicht nur allmählich und vorsichtig vorbereiten. Er mußte drüben auch den Nachweis ihrer Reife erbringen. Er sprach:

„Solange jede Eröffnung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll.“

Dies sprach er zu den Parteien. Zu dem einen Teil der Parteien, an deren Stillsein und Begnügsamkeit ihm jetzt vor allem lag. Aber an alle Parteien und nach London sprach er:

„Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidung allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können“.

Einen Augenblick setzte er ab. Ein paar Sätze folgten dann noch:

„Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith es von uns erwartet, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen“.

Er schwieg. Trotz der Müdigkeit und Aspannung hatte ihm der Vortrag keine Schwierigkeit bereitet. Er hatte die genaue Richtlinie. Und das Smutssche Telegramm vor sich. Er wartete auf Widerspruch: voll Hoffnung, daß er ausblieb. Dann war er um einen Riesenschritt vorwärts gekommen. Bis sechs Uhr nachmittags gingen die parlamentarischen Verhandlungen fort auf gewohnte Art. Im Fortgehen hörte der Staatssekretär, der in sein Ministerium mußte, noch die vom Kanzler geäußerte Kritik:

„Kühlmann hat sehr hübsch gesprochen“ — —

Den Vizekanzler bat der Staatssekretär, ihn zu vertreten,

bei dringendem Vorfall aber zu rufen. Er fuhr ins Ministerium.

Kurze Zeit darauf durchlief Alarm den Reichstag. Graf Westarp, einer der konservativen Führer, stand am Rednerpult. Eigentlich war Widerspruch gegen die Rede des Staatssekretärs nicht mehr zu erwarten gewesen. Um so heftiger entlud sich die späte Entrüstung des Grafen, in der er mit mancherlei hohen Militärs sich traf, denn auch der Erste Generalquartiermeister beeilte sich, dem Reichskanzler über die vom Staatssekretär vorgetragenen Auffassungen seine Bedenken auszusprechen. Deutlich waren Bekenntnis und Angriff des Grafen Westarp:

„Wie uns unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird unser Schwert uns den Frieden auch im Westen bringen müssen.“

Ich kann deshalb nicht verschweigen, daß der Herr Staatssekretär seiner Erklärung eine Fassung gegeben hat, die es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen konnte, ob er auch dieser Meinung gewesen ist, die ich eben ausgesprochen habe.

Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär das Gegenteil hat sagen wollen.

Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär hat zum Ausdruck bringen wollen, nur Verhandlungen, nicht militärische Entscheidungen allein, würden uns zum Siege führen.“

Der Angriff alldeutscher Politik war da. Kanzler und Staatssekretär hatten den Reichstag verlassen. Graf Westarps verfälschte Fassung der Ausführungen des Staatssekretärs ging unwidersprochen durch das Haus. So konnte sie ausstrahlende Wirkung bis zur Vollsitzung des nächsten Tages üben. Unbehaglich empfand der Staatssekretär den Zwischenfall lediglich in möglicher Fern-

wirkung auf seine vertraulichen Gespräche. Und höchstens war noch sein Verhältnis zum Reichskanzler zu berücksichtigen. Er hatte, ohne ihm bei der Kürze der Zeit die Einzelheiten der Rede vorher unterbreiten zu können, eine Sonderaktion unternommen. Er wollte den Kanzler nicht mitverwickeln.

„Die Rede hätte ich Ihnen vorlegen müssen. Das war materiell, der Zeit nach, nicht möglich. Stehen Sie vollkommen hinter mir? Wenn Sie etwas in der Rede nicht unterschreiben, so gebe ich meine Demission“ — —

Der Kanzler entschied ohne Zögern: er unterschreibe bedingungslos. Er kenne die Situation des Staatssekretärs.

„Wollen Sie heute sprechen?“ fügte er noch hinzu.

Das ganze Gespräch, kurz vor der Sitzung nur flüchtig geführt, verflog fast nebenher.

„Eigentlich nicht,“ antwortete der Staatssekretär, „ich will nur korrigieren.“

Dann werde er sprechen — der Kanzler —, um zu beruhigen. Er wolle keine Opposition aufkommen lassen.

Während Graf Hertlings Rede hatte der Staatssekretär allerdings den Eindruck, als gehe der Kanzler mit Zugeständnissen an den alldeutschen Standpunkt ein wenig zu weit. Er selbst bat, da der Text nirgends anders vorlag, den Grafen Westarp um das Stenogramm seiner eigenen Rede, darin der Graf den Staatssekretär angegriffen hatte. Wenn aber der Minister schon den Gegner selbst um Kampfbehelfe bitten mußte, so wollte er die Abwehr wenigstens maßvoll und höflich halten. Der ganze Reichstag, der nicht ahnte, was der Leiter der äußeren Politik zu retten und zu sichern hatte, das ganze Szenarium vor dem Minister, das ihn weder begriff, noch auch zu begreifen vermochte, die lärmendsten Figuranten, die sich wichtig dünkten und hier doch nur eine einzige Rolle glücklich spielen konnten: indem sie auf alle Zwischen-

falle verzichteten, — sie alle ließen den Staatssekretär kalt, sowie sie ihm nur sein bestimmtes, heimliches Konzert nicht störten. Er selbst gewährte Zugeständnisse. Er selbst ging vielleicht über die Grenzen noch hinaus, die er vom Kanzler als überschritten empfand: unbewußt und mit anderer Orientierung tief beschäftigt. Alle Zugeständnisse war er gefahrlos zu geben imstande, was sein Konzert betraf, und sie alle gab er nur, um eines zu verhindern: lärmenschlagende Opposition, für die er jetzt draußen Horchposten auf scharfer Lauer wußte. Was seine Worte über „diplomatische Verhandlungen“ anging, so dachte er sich die Klarstellung leicht. Er hatte in Wahrheit genau das Gegenteil dessen behauptet, was der alldeutsche Führer ihm in den Mund geschoben hatte. Er stellte aus dem Stenogramm fest:

„Der Text meiner Rede war absolut klar, in dem Einschieben des »Nur« liegt eine direkte Umkehrung dessen, was ich gesagt habe“ — —

Natürlich mußte man nur, um die tatsächliche Entstellung des Grafen Westarp nachzuweisen, das unkorrigierte Stenogramm von des Staatssekretärs Rede hervorholen. Aber der Minister hatte seinen Gegner, damit auch die Gruppe hinter ihm, mit einer Höflichkeit behandelt, die keiner verstand. Er hatte, nur um ihn zu beruhigen und ihn als Störer auszuschalten, ihm alles gelassen, dessen sein Selbstbewußtsein sich rühmen sollte. Ohne Kenntnis des Geheimspiels konnte man, wenn man dazu Lust hatte, die Höflichkeit des Staatssekretärs auch als Schwäche deuten. Mit seiner Nachgiebigkeit in unwesentlichen Dingen hatte er um der wesentlichen Dinge willen auf Noblesse gerechnet. Vielleicht wäre weniger, vielleicht die bloße, trockene Richtigstellung, mehr an erstrebter Wirkung geworden. Denn jetzt irrte der Staatssekretär. Er vergaß, daß sein Entgegenkommen, das nur ihm

verständlich und gefahrlos schien, die Uneingeweihten aufs höchste befremden mußte: von unabsehbaren inneren Voraussetzungen ganz erfüllt, übersah er, daß alle Zuhörer seine Haltung ohne diese Voraussetzung betrachteten. So lief der Kampfruf von des Staatssekretärs Schwäche rasch in den Kampfruf von Umfall und Rückzug über. Und wurde zum Parteischlachtruf gegen einen Mißliebigen und Verhaßten, der endlich eine Blöße bot. Im Lärm verhallten Interpretation und Berufung auf den wahren Text, von den Kampflüsternen gar nicht mehr gehört, ihnen auch gleichgültig: schwer ballte sich die Opposition von Rechts, — sie allein hatte der Staatssekretär gefürchtet.

Niemand wußte außer dem Kanzler, daß der Staatssekretär vor dem Reichstag eigentlich zu ganz anderen Zuhörern sprach, daß Zuhörer und Reichstag, obgleich seine Rede auf doppeltem Geleise lief, gleich zufrieden sein mußten: ohne Graf Westarps schwere, unerwartete Entstellung. Vielleicht war das heimliche Konzert noch zu retten, wenn den Staatssekretär gegen die Anstürme der Kaiser selbst hielt. Der Chef der Auswärtigen Politik hatte sich weder vor den Nächsten seines Amtes noch im engsten Kreis von Volksvertretern, schon gar nicht vor der „Obersten Heeresleitung“ entschließen können, von angesponnenen Fäden zu sprechen. Den Immediatbericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl kannten alle Gegner. An der Tafel der „Obersten Heeresleitung“ hatte der Staatssekretär oft genug gesessen und sich dort eben so oft über die Sorglosigkeit vor gewissen Themen verwundert. Er fürchtete menschliche Schwächen, menschlichen Drang zur Mitteilung. Er fürchtete Heimatkorrespondenzen, in denen schon Erstaunliches bisweilen gestanden hatte. Er fürchtete telefonische Andeutungen im Frontbereich, für die es Abhörapparate von musterhafter Vollendung an der fran-

zösischen Front gab. Französische Witterung aber war hier das Schlimmste. Der Staatssekretär handelte: er hatte seine Vollmachten. Aber er hatte geschwiegen. Jetzt, da drohend schwere Gefahr heraufzog, da es keinen anderen gab, der sie noch bannen konnte, eröffnete er sich dem Kaiser.

Er entsandte einen Vertrauensmann. Mit den genauen schriftlichen Unterlagen, die den Gang und die Ergebnisse der Geheimverhandlungen darlegten, traf er in Spa ein, ohne freilich den Kaiser selbst einweihen zu können. Es schien dem Abgesandten, als wünsche Kaiser Wilhelm vorerst möglichst Abstand zwischen sich und die Akteure der Reichspolitik zu legen. So vermittelte der Legationsrat Freiherr von Grünau den Bericht des Abgesandten dem Kaiser, den der Staatssekretär um Geheimhaltung, auch dem General Ludendorff gegenüber, noch in diesem Augenblicken bitten ließ. Kaiser Wilhelm bestätigte die ihm gemachten Eröffnungen in einer Depesche an den Staatssekretär, die zwar offen ließ, ob man den Verhandlungen oder dem verhandelnden Gegner jene besondere Wichtigkeit zusprechen solle, die ihnen der Leiter der Aeußersten deutschen Politik gab. Aber gegen den Staatssekretär selbst stellte sich der Kaiser mit keinem Wort. Es schien in den Tagen darauf, als vollziehe sich ein Umschwung in der kaiserlichen Haltung gegenüber dem Minister. In wichtiger Beratung über eine der Ostfragen vertrat der Kanzler plötzlich selbst das Ressort des Auswärtigen Amtes und den Gesandten von Rosenberg berief dazu der Chef der Reichskanzlei von Radowitz aus Berlin nach Spa, obgleich eigentlich der Staatssekretär der Beratung hätte anwohnen sollen. In Berlin eröffnete dann der Chef der Aeußersten Politik dem Kanzler seine Bereitschaft zum Rücktritt, den er ihm schon am Tage nach seiner Rede angeboten hatte. Aber da des Kaisers persönlicher Wunsch

ihn zur Uebernahme seines Amtes bestimmt hatte, wollte er auch vom Kaiser selbst die Entscheidung über seinen Abschied erbitten. Die Festsetzung des Zeitpunktes für den Empfang zog sich hin. Aber endlich reiste der Staatssekretär nach Spa.

Dem Kaiser zeichnete der Staatssekretär am 7. Juli 1918 das Bild kommender Entwicklungen in jener Haltung, die der Rang hier fordern konnte, ohne jede Verschleierung. Er gäbe seine Demission. Aber amtlich müsse er abraten, die Demission anzunehmen. Weltgeschichtlich sei der Augenblick, wie kein anderer bisher, der Krieg sei verloren, wenn die Fäden nicht zur Brücke würden. Stark seien längst die Linksparteien geworden. Dann sei der Träger der Krone, die Dynastie, das Reichsdasein, dann sei alles bedroht — —

Noch am Vortage hatte der Kanzler in Spa den Eindruck gehabt, daß der Rücktritt abgelehnt werde. Er hatte den gleichen Eindruck am nächsten Morgen, vor dem Eintritt des Staatssekretärs in den Garten der kaiserlichen Villa, das Audienzzimmer, nicht mehr. In der nächsten Umgebung des Kaisers weilten in der ersten Juliwoche der Chef des Zivilkabinetts von Berg, ein von aufrichtiger Freundschaft und Hingebung für den Herrscher bewegter Repräsentant altpreußischer Ueberlieferungen, überdies hielt sich in Spa auch gerade der Chef der Reichskanzlei von Radowitz auf, nicht nur bei Kaiser Wilhelm in Gunst, auch von den ersten Generalen geschätzt, von ihnen gern gesehen und oft bevorzugt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff befand sich in Avesnes. Zwischen den beiden verschiedenen Beurteilungen des Kanzlers, ob der Rücktritt des Staatssekretärs zur Tatsache werden solle oder nicht, hatte General Ludendorff mit einem Ratgeber des Kaisers in langer Unterhaltung aus Avesnes gesprochen. Uebrigens war er am

Morgen nach dem Tage, da der Vertraute des Staatssekretärs vom kaiserlichen Hoflager wieder abgereist war, zugleich mit dem Generalfeldmarschall in Spa eingetroffen. Groß war noch in Avesnes die Erbitterung über den Staatssekretär, über den an der Soldatentafel das Wort vom „Hochverräter“ offen umging. Alle Soldaten in Avesnes sahen durch die Duldung einer Rede, wie der des Staatssekretärs, die Stimmung und Kampfkraft der deutschen Heere gefährdet und sie, deren Vorwärtsdrang gar nicht zu halten wäre, nicht bloß um die Genugtuung einer Entscheidung durch die Waffen, sondern selbst um ihre besten lebhaftig herabgesetzten Erinnerungen betrogen. Der Erste Generalquartiermeister selbst hatte mit dem Staatssekretär eine ganze Reihe schwerer Konflikte durchlebt: das schwerste Zerwürfnis wegen der Ostfragenregelung. Noch konnte er sich des Harrens vor der Tür des Kaisers besinnen, da der Staatssekretär am 2. Januar 1918, unmittelbar vor dem Kronrat von Bellevue, die Nützlichkeit einer „austro-polnischen Lösung“ mit der Absage an jeden deutschen Polenzuwachs, mit der Absage an „einen breiten polnischen Grenzstreifen“ vertrat. Damals waren General Hoffmann und der Staatssekretär von Kühlmann eines Sinnes gewesen: damals erwuchs beiden die bittere Gegnerschaft des Ersten Generalquartiermeisters. General Hoffmann war schwer zu entbehren. Auch wenn General Ludendorff ihn fortan nicht mehr sprechen wollte. Den Militär hielt der Kriegsherr. Den Staatssekretär behandelte der Erste Generalquartiermeister, ohne seine Abneigung zu verbergen, mit allen sichtbaren Zeichen vermeintlicher Ueberlegenheit. Ueberall spürte er den Widerstand des Staatssekretärs empfindlich: in den Ostfragen, in der belgischen Frage. Immer hatte der Erste Generalquartiermeister seinen Willen bisher nur dann durchgesetzt, wenn seine Ueberzeugung auch die des Staatssekretärs gewesen

war. Immer hatte der Chef der äußeren Politik es sonst verstanden, die Entscheidung des Kaisers für sich zu gewinnen. Jetzt hatte er es gewagt, an die Armee selbst zu greifen, die kaum mehr zu halten war. Nie mußte der Erste Generalquartiermeister gespannter die kaiserliche Entscheidung erharren.

Kaiser Wilhelm entschied den Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann. Man könne die Armee nicht halten. Der Kanzler riet, daß dennoch der Staatssekretär in Bereitschaft bliebe, wenn die angesponnenen Fäden etwa sich verdichteten. Der Staatssekretär sagte mit seinem fatalistischen Lächeln zu. Der Nachweis, den er über die Friedensreife der deutschen Oeffentlichkeit habe erbringen sollen, sei dadurch nicht eindringlicher geworden, daß man den Kämpfer um den Nachweis öffentlich erschlagen habe. Die Probe des Staatssekretärs von Kühlmann war mißglückt. Er ging.

In das deutsche Hauptquartier reiste der neue Staatssekretär des Auswärtigen Admiral von Hintze.

Admiral von Hintze war ein Mann von vielerlei Gesichtern. Meerangewehrte Romantik und hundert Abenteuer, die bald im Salon der Diplomaten, bald auf fernfahrenden Schiffen, oft bei Hofe, am liebsten in exotischen Ländern spielten, umflatterten einen Marineur von eleganter Haltung. Nie sprach der Admiral, seit er als deutscher Gesandter quer durch Krieg und Ozeane seinen Amtsort zwischen Mexiko und Peking, zwischen China und Norwegen tauschte, wenn überall die Schiffsgesellschaft den bestrickenden Charmeur umschwärzte, von Politik und Kunst der Diplomaten. Man wußte nicht, ob es Klugheit, bescheidener Hochmut oder Pose war. Man wußte es so wenig, wie sein helles, blitzendes Augenspiel eine Ent-

scheidung darüber zuließ, ob es zuletzt ein fridericianisches Blitzen wurde oder ein Flirttriumph. Er verstand es, Geheimnisse um sich und die Wichtigkeit seiner Geschäfte zu breiten, wenn er plötzlich, da er eben noch über Musik, über Bücher, über fremde Stämme, über neue Ausgrabungen, über all dies mit scheinbar gleich gründlichem Wissen geplaudert hatte, in seine Kajüte verschwand, um unter Deck — den chinesischen Diener als Abwehr vor der Tür — durch Stunden zu arbeiten. Immer verstand er es, Atmosphären um sich zu schaffen, die eine Unterscheidung zwischen Virtuosentum und Dämonie verwischten. Viele, die ihn kennen lernten, nannten ihn geistreich. Viele, die ihn zu kennen vorgaben, einen Charlatan. Fest stand, daß die Art des Kaufmannssohnes mit den Weltfahrerallüren selbst auf den Kaiser wirkte. Daß er Energie, Schlagfertigkeit, Ueberredungskunst in vielen Augenblicken verraten hatte. Amerikanische Hasser nannten ihn freilich einen Zyniker. Vor dem Kaiser funkelten die politischen Weltgebäude, die er mit blendendem Aufstieg baute. Seine Baumeisterherrlichkeit war leicht, selbstverständlich, von genialer Führung und ihre Erfüllung meist nur von einer Voraussetzung bedingt. Man vergaß mitunter die Voraussetzung, wenn man den Folgerungen zuhörte, worauf er vielleicht rechnete. Den Kaiser bestach das Blitzen und Funkeln, der Geist im Bau. Nie verließ der Wille zum Geistreichsein den Admiral, der zu einem Diner des Botschafters Joffe, da die Republik der Sowjets keine Orden kannte, als Staatssekretär sich eine rote Nelke ins Knopfloch steckte. Mehr als dem „Typ des Diplomaten nachbismarckischer Zeit“ ähnelte er Lord Goring in dem Lustspiel Oskar Wildes, der mit Paradoxen geblendete Salons beherrschte. In den Reichsgeschäften war die Erscheinung neu. Die deutschen Kriegsparteien begehrten ihn für sich, als der heimberufene Gesandte von Chri-

stania nach der Wilhelmstraße aufbrach. Um oft bewährter Schneidigkeit willen konnte er einer der Ihren sein: sie sahen vor allem den Teufelskerl. Auf der Rhede von Manila hatte er als Flaggleutnant im spanisch-amerikanischen Kriege erfolgreich mit Admiral Dewey verhandelt. In Mexiko die Entschädigungsansprüche für ermordete Deutsche in Korodonga durchgesetzt. Ihn begrüßte der Erste Generalquartiermeister im Großen Hauptquartier als „starke Natur“.

Schon da er designiert war, hatte der Admiral eine Aussprache mit General Ludendorff gesucht. Ganz im Gegensatz zu seiner Vielseitigkeit in Abenteuern schien er seine Politik nur auf Wirklichkeit und Nüchternheit stellen zu wollen: dem Technischen seiner Arbeiten und Bemühungen brauchte darum seine Geschicklichkeit nicht zu fehlen. Um die Julimitte hatte er den Ersten Generalquartiermeister vor die klare Frage gestellt, ob er, der General Ludendorff, des Sieges über die Westmächte sicher sei. Der Generalquartiermeister hatte mit seiner Antwort nicht gezögert. Er hatte auch Umschreibungen verschmäht. Die Antwort an den Staatssekretär war ein „bestimmtes Ja“ gewesen. So kurze Zeit seither auch verstrichen war: von der Julimitte bis zur Augustmitte hatten sich große Ereignisse an der Westfront abgespielt. Der deutsche Angriff — der Entscheidungsangriff des Generalquartiermeisters — war Abwehr geworden. Und die Abwehr hatte am 8. August überdies einen schweren Stoß erhalten. An der Wahrscheinlichkeit, daß General Ludendorffs Hoffnung auf ein ausgesprochenes Uebergewicht der deutschen Waffen nach solchen Ueberraschungen sich noch erfüllen werde, konnte man zweifeln. Freiherrn von Lersner, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung, hatte Kronprinz Rupprecht von Bayern gestanden, daß er trübe in die Zukunft sehe.

Kronprinz Wilhelm hatte die Zukunft dem Baron nicht weniger düster gemalt. Dem Staatssekretär von Hintze stellte Freiherr von Lersner vor seinem Besuche bei General Ludendorff die eigene Auffassung so dar, daß jeder Kriegstag unabänderlicher dem Abgrund zudränge. Zwar kam der Staatssekretär von seiner Unterhaltung von General Ludendorff mit der Versicherung zurück, wie große Genugtuung es ihm bereite, alle Befürchtungen des Freiherrn nach den erhaltenen Auskünften als grundlos zerstreuen zu können. Der Erste Generalquartiermeister hatte seit der zweiten Augustwoche gewiß Tage der Aufregung hinter sich. Seine Depressionen hatten mit noch schärferer Heftigkeit gewechselt, als man sonst an ihm gewohnt war, wenn er mit den Befehlsstellen an der Front sprach. Aber seine Auskunft an den fragenden Staatssekretär um den 13. August ließ die Klarheit nicht vermissen. Der Erste Generalquartiermeister hatte jetzt selbst den Glauben an den Angriffssieg verloren, allein auch dies war noch Rettung auf alle Fälle und also Sieg, wenn sein Ausspruch in diesem Augenblicke sich wirklich bewahrheitete: man würde „durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mählich zum Frieden zu bringen“. Auch die Meinung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hörte der Staatssekretär: daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und auf solche Art den Frieden zu erzwingen.

Vor allem Wege zum Frieden suchte der Staatssekretär von Hintze, der die Gesamtlage der Mittelmächte nicht mit heiterem Ausblick sah, und er hielt den Zeitpunkt, mit Friedensschritten ernstlich einzusetzen, für um so geeigneter, als die Auffassung der Generale — auch wie sie ihre ersten Offiziere kannten — im Grunde noch optimistisch war. Klug und nur selbstver-

ständlich war ein Abwarten, bis der Vormarsch der Gegner völlig stand, bis alle Welt sah, daß die deutschen Heere endgültig nicht geschlagen, aus Frankreich nicht mehr vertrieben werden konnten. Aber dann war die Zeit zu den Friedensschritten da. Der Staatssekretär sprach von neutralen Kanälen. Er hoffte auf eine Vermittlungsmöglichkeit durch die Königin von Holland. Ein Friedensangebot vor aller Welt wäre Schwäche gewesen: die Darstellung der „Obersten Heeresleitung“ leugnete die Gründe dazu. Aber über vertrauliche Anknüpfung, über die Inanspruchnahme wohlwollender Gesinnung von Dritten ließ sich reden: gerade von einem Versuch, bei dem Takt, Geschicklichkeit, Geist und Kunst des Einfädelns alles waren, versprach der Staatssekretär sich viel. Den Reichskanzler hatte er, bevor sich Kaiser, Generale, Kanzler und Staatssekretär zum Kronrat des 14. August versammelten, seinen festen Entschluß wissen lassen, daß er ohne die Ermächtigung zu solcher Friedensbemühung nicht im Amte bleiben wolle. Merkwürdig war, daß weder der Generalfeldmarschall, noch der Erste Generalquartiermeister im Kronrat ein Wort über den Gang der militärischen Ereignisse und über die Kriegslage fanden; sie nahmen zur Kenntnis, daß Kanzler und Staatssekretär vom Kaiser die allerdings nur allgemein gehaltene Ermächtigung erhielten, auf einen günstigen Zeitpunkt für Verständigungsschritte durch neutrale Staaten zu achten: indes pflichteten sie weder bei, noch lehnten sie ab. Der Staatssekretär selbst wiederholte schließlich, da der Generalquartiermeister über dies wichtige Kapitel in Schweigen verharrte, die ihm gewordene Auffassung des Generals: an einer strategischen Defensive würden die Gegner zuletzt ermatten, — was General Ludendorff auch jetzt nicht entkräftete. Um so gründlicher konnte der Staatssekretär, da die Not nicht drängte, da Not überhaupt nicht da war, seine Geschicklichkeiten spie-

len lassen. Die Auskünfte der „Obersten Heeresleitung“ waren so gewesen, daß der Staatssekretär am 21. August den Parteiführern im Reichstage jeden Anlaß zu einem Friedensangebot verneinen, Graf Hertling noch am 3. September den Staatsministern gegenüber die gleiche Auffassung vertreten konnte. Und der Reichskanzler glaubte sogar am 15. September noch, den Parteiführern versichern zu dürfen, daß man den Krieg zu Ende führen, aber kein Friedensangebot machen wolle, für das der psychologische Augenblick nicht gegeben sei. So sehr beruhigt von der Auskunft der Generale waren Kanzler und Staatssekretär aus dem Kronrat des 14. August gegangen.

Aber nicht nur Kanzler und Staatssekretär hatten sich Beruhigung geholt: auf Beruhigung war man auch gegenüber dem Kaiser von Oesterreich bedacht, der am Tage des Kronrates im „Großen Hauptquartier“ zu Spa eintraf.

Er kam mit großem Gefolge. Der Minister des Aeußersten Graf Burian war mitgekommen, ebenso Baron Arz, der Chef des Generalstabes. So ernst die Begrüßung der beiden Kaiser sein mochte, sie trug nicht die Zeichen peinlicher Spannung, die Kaiser Karls Aussöhnungsbesuch im Mai begleitet hatte. Kaiser Wilhelm hatte im Frühjahr der Wiener Darstellung keinen Glauben geschenkt, die über die Geschichte der Briefe an den Prinzen von Bourbon gegeben worden war. Er hatte sich aber Kaiser Karl gegenüber, der damals in Spa einen unsteten, unsicheren Eindruck machte, doch den Selbstzwang angetan, äußerlich den Glauben an die Wiener Darstellung zu betonen. Er hatte den Standpunkt vertreten, daß sonst der Bruch erfolgen mußte, der schwerste Verwicklungen gebracht hätte. Kaiser Wilhelm wußte sich also so zu stellen, daß seine Art zu Kaiser Karl nicht unfreundlich war, daß er jede unangenehme Auseinandersetzung vermied und seinen Ka-

binettschefs die Bemühung auftrug, ein noch freundlicheres Verhältnis mit den österreichisch-ungarischen Gästen herzustellen, als bisher, obzwar gerade die Kabinettschefs Kaiser Karl noch mehr mißtrauten, als Kaiser Wilhelm selbst. Der erste Generalquartiermeister vertrat nicht ganz eine Politik ohne alle Reibungen, die Kaiser Wilhelm, indem er Schleier über die jüngste Vergangenheit breitete, jeder Möglichkeit eines Zerwürfnisses voranstellte. Mit dem Generalstabschef Baron Arz geriet der Generalquartiermeister damals in Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Polens, das Ludendorffs Ansprüche auf einen breiten Grenzstreifen noch immer so zerstückeln wollte, daß nur ein Torso für das Königreich übrigblieb. Baron Arz führte aus, daß der Kaiser von Oesterreich, um König von Polen zu werden, unmöglich Galizien an einen zerfetzten polnischen Rumpf abgeben könne, und er sprach die Befürchtung aus, daß die Haltung General Ludendorffs schließlich einem Konflikt zusteuern könnte. Für solche Entwicklung der polnischen Dinge eröffnete der Generalquartiermeister die Absicht, dem Bundesgenossen den Krieg zu erklären und in Oesterreich-Ungarn einzumarschieren, eine vielleicht nicht ganz zeitgemäße Ankündigung, da man zur „Vertiefung des Bündnisses“ nach Spa gekommen war. Aber Baron Arz hielt sie mit der Versicherung, daß man in der Monarchie keinerlei Furcht empfinde, für abgetan, die „Vertiefung des Bündnisses“ wurde trotz des Zwischenfalls im Dialog der beiden Generale festgelegt. Für eine Militärkonvention, gegen die Kaiser Karl sich dem nicht ablehnenden Grafen Czernin gegenüber so sehr gesträubt hatte, war der Kaiser auch jetzt unter keinen Umständen zu gewinnen. Er hieß den Chef des Generalstabes, was den militärischen Teil betraf, lediglich ein allgemeines Abkommen unterzeichnen. Wichtiger waren die vier Punkte, die von dem Staatssekretär

von Kühlmann und dem Grafen Burian unterschrieben wurden, sie sicherten eine Durchdringung so vielfältiger politischer und wirtschaftlicher Interessen beider Reiche, daß sie in Zukunft eine Einheit darstellen sollten, die eigentlich den Rahmen eines Bündnisses weit überschritt. Kaiser Karl empfand das Abkommen, das in einen gewissen Zusammenhang mit der durch Staatssekretär von Kühlmann stets geförderten polnischen Lösungsfrage gebracht worden war, dennoch als eine im Kern belanglose Formsache, durch die er freilich das Eine erreicht hatte, daß aus der äußerlich zur Schau getragenen Freundlichkeit des deutschen Hauptquartiers und Hoflagers fast wirklich etwas wie Wärme geworden war. Er gab seine Zustimmung, ohne sich darum mit Sorgen für die Zukunft zu beschweren, gab sie um so leichter, als er nach seiner Meinung wenig genug versprochen hatte.

Die augenblickliche Stellungserklärung war ihm die Hauptsache gewesen. Jetzt im August mußte Kaiser Karl keinesfalls mehr mit dem Gefühl kommender deutscher Ablehnung und Kälte eintreffen, die er in viel stärkerem Grade befürchtet hatte, als man sie dann zeigte. Jetzt kam er als der verbündete Monarch, der die Vertiefung mitgeschaffen hatte und den schweren Sorgen drückten. Ernst mußte Kaiser Wilhelm sie anhören.

Kaiser Karl, Graf Burian, Baron Arz: alle drei waren in der Einigkeit nach Spa gereist, daß der Frieden angebahnt werden müßte. Dem Generalstabschef hatte der Kaiser aufgetragen, mit General Ludendorff und Hindenburg zu sprechen, um die Männer der „Obersten Heeresleitung“ davon zu überzeugen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie nur bis zum Eintritt des Dezember den Krieg zu ertragen vermöchte. Graf Burian sollte mit dem Grafen Hertling die Herausgabe eines Friedensangebotes besprechen, das der Außenminister für die aller-

nächste Zeit beabsichtigte. Vor Kaiser Wilhelm hatte Kaiser Karl selbst hintreten wollen:

„Es muß ein Ende gemacht werden.“

Kaiser Wilhelm kam von der Unterredung mit Kaiser Karl in ernstester Stimmung. Freiherr von Arz, den sonst Kaiser Wilhelm sogleich ins Gespräch gezogen hatte, bekam freilich mehr den Eindruck von einer Gespanntheit im Wesen des deutschen Kaisers, als von hoffnungsloser Bedrücktheit. Er sprach dann den Generalobersten noch an, wieder wie sonst geworden, aber das Gespräch verlief eigentlich nebenher. Die Einzelfragen wurden mit General Ludendorff beraten.

Der Generalquartiermeister begehrte Truppen für den Westen. Dort lag für ihn immer noch die Kriegsentscheidung: in der Undurchbrechlichkeit der defensiven Haltung. Der Erste Generalquartiermeister hatte einmal im Osten alle Macht in den Händen gehabt; der Westen kümmerte ihn damals noch nicht, und die Entscheidung des Weltkrieges hatte er damals nur in der Entwicklung im Osten gesehen. Dann war er in den Westen hinübergegangen und sein Kriegsbild hatte sich geändert: die Entscheidung war jetzt für ihn nur im Westen denkbar. Ihn hatte immer der Kriegsschauplatz fasziniert, auf dem er sich befand. Mit General Hoffmann, seinem Berater durch mehr als drei Jahre, hatte er sich überworfen. Es war dem Ersten Generalquartiermeister nicht unbekannt geblieben, daß zum Ende 1917 Generalmajor Hoffmann Aussichten hatte, in der Reichskanzlei die Führung als Kanzler zu übernehmen. Der Kronrat von Bellevue hatte aus der Verstimmung einen Bruch geschaffen. General Hoffmann war gegen jede Offensive auf den westlichen Schlachtfeldern; mit dem Prinzen Leopold von Bayern hatte er oft von der Möglichkeit einer Kriegsentscheidung gesprochen, die weder im Osten, noch im Westen, sondern dort

gefunden werden sollte, wo sie nach Rußlands Ausschaltung als ernsthaften Gegners der Marschall Conrad von Hötzendorff schon immer eingeleitet wissen wollte: in Italien. Aber wie der General Falkenhayn, so hatte auch der General Ludendorff den Ideengang des Marschalls nicht begriffen. Ueber den Ersten Generalquartiermeister hatte in den Brester Tagen ein Diplomat das Wort geprägt:

„Er ist ein Karambolspieler, der Eines nicht versteht: daß man den Ball auch treffen kann, wenn man nicht ihn zuerst anspielt, sondern zuerst die Wand des Billards. Er aber muß immer geradezu und nur auf den Ball losstoßen.“

Daß man den Westen durch einen Vormarsch in die norditalienische Ebene, mit einer Basis, in Genua, außer Gefecht setzen konnte, sah General Ludendorff nicht ein. General Hoffmanns Einfluß war ausgeschaltet, Mißtrauen war erwacht. Kaum, daß der Generalquartiermeister ihm flüchtig von seinem Schwanken über die Taktik erzählt hatte, wie er seine Westoffensive unternehmen wollte. Der Westen war ihm alles gewesen lange Zeit: jetzt wäre der Weg über Italien zu spät beschritten worden, selbst wenn der Generalquartiermeister ihn nunmehr als gangbar erachtet hätte. Er schlug dem Generalobersten Baron Arz vor, alle Bemühungen der Mittelmächte auf den Kampfplatz im Westen zu vereinen.

Der k. u. k. Chef des Generalstabes hatte selbst noch an eine Anstrengung gegenüber Italien gedacht: trotz Brenta und Piave im Juni 1918. Er hatte, um die Truppen aus den Bergen in die wärmere Niederung zu führen, noch einen Vorstoß von Vittorio her geplant, um die Gebirgsfront in eine Linie von Bassano bis Treviso zu stellen. Es hatte ein gewisser Widerspruch darin gelegen, daß der Generaloberst dem Generalquartiermeister den Monat Dezember als notgedrungenen Endtermin des Krieges für Oesterreich-Ungarn nannte, aber doch noch an einen An-

griff gegen Italien dachte, den er im August oder September unternehmen wollte. Es war der immer wieder beobachtete Vorzug und der Nachteil in der Art des intelligenten Generals, daß er meist zwei Dinge auf einmal erwägen, daß er immer Vorteile und Nachteile beider Dinge sofort vorrechnen und sich in jeder Richtung entscheiden konnte, wie es einmal der Kaiser, ein andermal General Ludendorff wünschte, denen beiden gern entsprechen wollte. Ueberhaupt war Baron Arz mehr Kommentator, als Inspirator, mehr Chef kaiserlicher Militärkanzlei als Chef des Generalstabes, wozu noch die Verpflichtungen einer Art Generaladjutanten kamen, den sein Souverän unaufhörlich in den Hofzug steckte. Selten widersprach Freiherr von Arz einer Absicht offen; höchstens war er ein Warner von gefälliger Vermittlung in burschikoser Tonart. Aktiv hatte er bisweilen glänzende Einfälle; da er alle möglichen Nebenströmungen und Selbständigkeit von oben, von unten und neben sich duldet, verdarb er durch Passivität doch vieles. Vor General Ludendorff ließ er auch die italienischen Pläne jetzt fallen. Und er versprach die österreichisch-ungarischen Divisionen für den Westen um so lieber, als General Ludendorff sich nichts weniger als pessimistisch gab. Der Erste Generalquartiermeister mußte wissen, was er forderte und was er verhinderte, was er tat und wofür er eine Verantwortung übernahm. Der Erste Generalquartiermeister, ob er seine Nerven nun bezwang oder ob er sie versteckte, zeigte sich auch jetzt, da er den Friedenswillen der Gegner durch Abwehr zu erzwingen vorgab, als durchaus „starke Natur“.

Er hatte eine Unterredung auch mit Kaiser Karl. Und so ernst, so bedrückt fast der junge Kaiser nach Spa gekommen war: seine Stimmung war sichtlich nach den Darlegungen des Generalquartiermeisters, wenigstens was die militärische Gesamtlage betraf, in erneutes Ver-

trauen umgeschlagen. Er sah Welt und Zukunft, als die Abreisestunde für den Besuch schlug, wieder rosiger. Nicht so leicht war die schwere Stimmung des Außenministers Grafen Burian zu mildern, der dem Kanzler Grafen Hertling von seinem offiziellen Friedensangebot gesprochen hatte. Der Kanzler konnte, schon nach den Ergebnissen des Kronrats, dem Grafen Burian versichern, daß auch die deutsche Politik die ersten Gelegenheiten zu Friedensbemühungen nützen wolle. Aber offizielle Friedensangebote wollte er dem Minister ausreden. Von allen Staatsmännern, die der Krieg in den Vordergrund gestellt hatte, war keiner schwerer als Graf Burian von einer Angelegenheit abzubringen, für die er sich einmal entschieden zu haben glaubte. Er wußte vor jedem Thema hundert „Punkte zu exponieren“, wie er es selbst nannte, er hatte durch solcherlei Expositionen den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Teschner Hauptquartier an den Rand der Erschöpfung gebracht — Marschall Conrad sah bei der denkwürdigen Besprechung den übergroßen Kanzler ermattend immer kleiner werden, bis er unter den Tisch zu sinken drohte; seinerseits entdeckte der Kanzler, daß der Marschall endlich einzunicken begann, ohne daß bei solchen Begleiterscheinungen irgendetwas zur Störung für den noch am Schluß exponierenden Minister wurde — und der Zar der Bulgaren traf, malitiös wie er manchmal war, das Doktrinäre des Ministers vielleicht am besten:

„Herr von Burian ist ein Professor. Er glaubt, daß ganz Europa sein Auditorium ist. Es ist es aber nicht“ — —

Ueberzeugt, daß ein öffentliches Friedensangebot verkehrt wirken müßte, war der Minister durch all die Ueberredungskünste des Reichskanzlers nicht. Er trat die Heimreise nach Wien verstimmter an als Kaiser Karl. Wer ihn auf der Reise sah, fand, daß er sogar recht verdrossen dreinschaute. Immerhin hatte er, da von deutscher Seite

ein Friedensschritt bei günstiger Gelegenheit in Aussicht gestellt wurde, das Zugeständnis gemacht, warten zu wollen. Und vor allem die österreichisch-ungarische Seite nichts unternehmen zu lassen, wovon nicht vorher die deutsche Politik verständigt wäre.

Eigentlich war in Spa nicht allzu viel und nichts Bestimmtes erreicht worden. Weder im Kronrat, noch während des Kaiserbesuchs. Wieder war ein Kompromiß alles gewesen: die Stimmung der österreichisch-ungarischen Schicksalslenker war ein wenig gehoben; der Friedensnotwendigkeit zeigte sich die deutsche Seite ohne bestimmte Fixierung geneigter.

Die Westschlachten gingen weiter; Österreichs innerpolitische Kämpfe hatten nicht geruht.

Das südslawische Problem begann den österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek, so spät dies manchem auch scheinen mochte, ganz ernsthaft zu beschäftigen. Sowie er das „Budgetprovisorium“ bewilligt erhalten hatte, setzte er sich inmitten seiner Bemühungen, ein Koalitionsministerium an die Stelle seiner Beamtenminister zu bringen — Bemühungen, die er mit allerlei kleinen Zugeständnissen, voll Zähigkeit ohne große Entschlüsse, stets aufs neue wiederholt hatte — mit jenen Faktoren in Verbindung, die zunächst in der wichtigsten aller österreichisch-ungarischen Fragen mitzureden hatten: mit den Ungarn.

Er fand und nannte die Ungarn alle „in die südslawische Frage vertieft“; allein „vertieft“ bedeutete dabei so viel, wie daß sie von der Aufrollung des Problems nichts wissen wollten. Eine südslawische Frage hatte es für den Grafen Stephan Tisza nie gegeben, für die Lösung der Südlawenfrage hatte im Frieden wie im Kriege vergeblich Feldmarschall Conrad gekämpft, von

der Südslawenfrage wollte auch jetzt der ungarische Premier Doktor Wekerle keinerlei Kenntnis nehmen. Vielleicht war Prinz Ludwig Windischgrätz noch der einzige, mit dem in gewissen Grenzen man in Budapest überhaupt über das Thema reden konnte. Jedenfalls brachte nur der exzentrische und sonst fast bloß bizarrdenkende Prinz aus unbekannten Gründen — vielleicht auch deshalb, weil ihm von seinen Reisen in Serbien her die großen, gefährlichen Südslawenzusammenhänge wirklich dämmerten — den Kroaten, Serben, Slowenen der Monarchie gewisse Sympathien entgegen. Aber Freiherr von Hussarek hatte sich zunächst an den Premier zu halten. Freiherr von Hussarek berief nacheinander um die Augustmitte drei Ministerräte ein. Er wollte die Ungarn endlich aus ihrer Teilnahmslosigkeit aufrütteln. Die Absicht mißlang. Ungarn ließ sich in der Angelegenheit nicht sprechen. Endlich versuchte es der Ministerpräsident, Ungarn in gewisser Art als völlig selbständige Macht zu betrachten und richtete an seine Regierung eine förmliche Note. Sie hatte so wenig Erfolg, wie alle Bemühungen in der Südslawenfrage bisher. Freiherr von Hussarek fuhr nunmehr nach Budapest. Er hatte dort zwei Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Wekerle. Was als hohe und seriöse Politik mißlang, glückte vielleicht bei Déjeuner und Mokka. Auch der Generaloberst Freiherr von Sarkotic, der Statthalter Bosniens und der Herzegowina, dessen Meinung wichtig sein konnte zu dem Thema, fand sich von zufälliger Durchreise bei den Ministerpräsidenten ein. Aber der ungarische Premier war zu keinerlei Zugeständnissen zu bewegen, schließlich hatte er einen merkwürdigen Ausgleichsvorschlag: keine weitere Debatte über die Angelegenheiten der Südslawen, da es für ihn nur ungarische Angelegenheiten gäbe — aber, als Entschädigung dann „Lebensmittel bis ins Blaue“. Merkwürdig war das An-

erbieten des Premiers schon deshalb, weil Ungarn bisher eine Ernährungspolitik gegenüber Oesterreich getrieben hatte, die sich immer und bei jeder Gelegenheit hinter dem schweren Mangel im eigenen Lande verschanzt hatte. Es hatte den bitteren Entbehrungen der anderen Reichshälfte zugesehen, hatte Streik, Unruhen, Schwächung jeder Art in Oesterreich nüchtern miterlebt, ohne daß die Nüchternheit ihm sagte, daß solche Politik, die zur Kapitulation der Körper führte, zuletzt auch Ungarn treffen mußte. Jetzt kündigte der Premier überraschendes Brot an, wenn man über die oft zitierte, stets lancierte ungarische „Integrität“ nur nicht sprach. Wenn aber der österreichische Ministerpräsident Freiherr von Hussarek den Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten sonderbar empfinden mußte, so wunderte sich der ungarische Premier wieder über die Auffassungen des bosnischen Statthalters, der nach dem Mokka ein leichtes Schläfchen hielt.

„Ich habe immer geglaubt: Exzellenz Sarkotic steht auf meiner Seite. Jetzt sehe ich, daß er auf Ihrer Seite steht“ — —

Aber auch der Standpunkt des bosnisch-herzegowinischen Landeschefs, der zwischen den Südslawen regierte, änderte an Meinung und Haltung Doktor Wekerles nichts. Die Budapester Besprechungen verstrichen als angenehmes Déjeuner. Der österreichische Ministerpräsident hätte über der Angelegenheit vielleicht die Kabinettsfrage stellen können. Indes tat er's nicht. Er reiste nach Wien zurück. Nicht nur, weil er mit den Parteien weiterzuverhandeln gedachte. Auch war der deutsche Staatssekretär von Hintze, um sich Kaiser Karl vorzustellen, als Besuch angesagt.

Admiral von Hintze benützte natürlich, als er in den ersten Septembertagen in Wien eintraf, zwischen allerlei Verhandlungen jeden Anlaß, um seine Besprechungen über

den wichtigsten Punkt mit den Bundesgenossen fortzuspielen: der Friedensschritt stand im Mittelpunkt aller Unterhaltungen. Graf Burian war von dem öffentlichen Friedensangebot, von dem er in Spa gesprochen hatte, nicht zurückgekommen, geschweige denn, daß er den Gedanken fallen gelassen hätte. Aber der Staatssekretär von Hintze, der zu der österreichisch-ungarischen Oeffentlichkeit von „einem strategischen Rückzug“ in Frankreich sprach, der ihr versicherte, daß „der Frieden im Westen kommen werde, wie im Osten“, der überhaupt in Wien seinen vielbewunderten Geist in Bildern von der Art etwa übte, daß „der Krieg kein Garten sei, in dem man Rosen pflücke“, und gerade in jenen Tagen auf den Anspruch eines rheinischen Arbeitervereins von evangelischer Betonung mit der Depesche erwiderte:

„Von der Kanzel herab müßte die Zuversicht auf eine siegreiche Beendigung des Krieges gestärkt werden“ — —

Der Staatssekretär war in den Wiener Septembertagen voll ausgesprochener Zukunftshoffnung, die sogar neue militärische Taten besprach. Der Erste Generalquartiermeister glaubte inmitten seiner Defensive, für die er an Truppen nicht genug bekommen konnte, an einen frischen Aufmarsch gegen Rumänien denken zu sollen, das noch immer seinen Friedensverpflichtungen nicht oder nur sehr saumselig nachkam. Unter Umständen wollte General Ludendorff Truppen aus der Ukraine, nicht gerade ausgesuchtes Material, zu dem neuen Unternehmen heranziehen. Ihn beeinflußte bei solcher Disposition die Leutenot, die im Westen für jegliche Verwendung herrschte, oder freilich weitabliegende bulgarische Truppenwünsche oder gar die ausgezeichnete Verfassung des rumänischen Heeres nicht, das den Krieg als Waffenhandlung mit einem für den Angreifer verlustschweren Siege über die Truppen des Generalfeldmarschalls von Mackensen bei Maracesti

abgeschlossen hatte. Auch Baron Arz glaubte, für alle Fälle rumänische Vorkehrungen treffen zu sollen. Staatssekretär von Hintze vertrat Ludendorffs Aufmarschgedanken mit Energie. Baron Arz machte keine Schwierigkeit vor einer Unternehmung, die nur als Eventualfall gelten konnte.

An neue Waffentaten dachte der Chef des Generalstabes um so weniger, als ihm der Standpunkt sowohl des Grafen Burian, als auch des Kaisers nicht fremd waren: Kaiser Karl hatte den Ton aufgefrischter und mutgehobener Stimmung, mit dem er von der Unterredung mit dem Ersten Generalquartiermeister gekommen und von Spa abgereist war, längst wieder vermissen lassen. Minister Graf Burian wollte den Frieden, der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek war für den Frieden, der Kaiser war jetzt wieder nur stark im Kampfe um den Kriegsabschluß.

Dem Staatssekretär von Hintze wurden alle Ehren für einen erlesenen Gast zuteil. Graf Burian gab ihm im Hetzendorfer Lustschloß ein politisches Déjeuner. Abends bat ihn der deutsche Botschafter Graf Wedel zu Tisch. Zwischendurch machte ihm der ungarische Premier, der in die österreichische Hauptstadt gekommen war, seinen Besuch. Am nächsten Morgen wollte Kaiser Karl ihn empfangen. Allerdings sollte der Admiral nicht unvorbereitet in der Sommerresidenz in Reichenau erscheinen. Vom Déjeuner in Hetzendorf, indes der Staatssekretär sich bei schwarzem Kaffee mit dem Generalstabschef aufs neue unterhielt, ließ der Kaiser den Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek ins Nebenzimmer an das Telephon holen:

„Bitte, reden Sie mit Hintze. Malen Sie ihm die Situation in den schwärzesten Farben. Noch schwärzer, als sie wirklich ist. Jetzt spricht Arz mit ihm in meinem Auftrag. Sprechen Sie mit ihm abends. Morgen werde ich es selbst tun.“

Der Ministerpräsident hatte die Unterhaltung mit dem Admiral. Aber ein Stoßseufzer entfuhr ihm später:

„Was ist gegen die deutschen Generale zu tun“ — —

Er erinnerte sich auch eines Worts, das der Ministerpräsident Graf Stürgkh vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg gehört haben wollte:

„Ja — — aber die Generale: ich darf ja nicht“ — —

Der Staatssekretär hörte am Tage darauf auch die Auffassungen des Kaisers. Aber er blieb gegen den Friedensschritt des Grafen Burian. Er deutete eigene, andere Wege an. Uebrigens schien es jetzt nicht, als sei seine Beurteilung der Kriegslage pessimistisch. Er hatte die Aufmarschpläne durchgesprochen. Er war erfüllt vom alten Vertrauen in die Kraft der deutschen Waffen. Er hatte auch die alte, frische Tonart in den Gesprächen darüber. Nach drei Tagen reiste er ab. Er schien in der Tat ein Mann von vielerlei Gesichtern.

Vielleicht hatte er in Wien nur Maske getragen. Obgleich es dann seltsam war, daß er noch neue Feldzugspläne ernsthaft beriet. Jedenfalls nahm er auf die Reise von Berlin nach Spa, am 8. September, einen Fragebogen des Reichskanzlers an den Ersten Generalquartiermeister mit:

„ob bei grundsätzlicher strategischer Defensive noch gelegentliche Offensivstöße möglich wären, ob die Rückwärtsbewegung des Heeres durch Beziehen einer länger zu haltenden Stellung zum Stillstand kommen würde, auf wie lange das Heer mit Ausrüstung und Verpflegung versehen wäre?“

Der Erste Generalquartiermeister antwortete:

daß Offensivstöße möglich wären; aber über die Zeit nichts zu sagen möglich wäre; daß Einhalt der Rückwärtsbewegung genau zu bestimmen nicht möglich wäre, daß der Stillstand aber bald eintreten werde; daß Aus-

rüstung auf Jahre, desgleichen Verpflegung gesichert wäre, außer Kartoffeln, bezüglich welcher erhebliche Mängel vorlägen.

Obgleich der Staatssekretär von Hintze in Wien einen Standpunkt der Kraft vertreten hatte und obgleich die Antwort des Ersten Generalquartiermeisters sich nicht ungünstig anhörte: die bei seinem Wiener Besuche gewonnenen Eindrücke schienen den Staatssekretär nunmehr dem Entschlusse zuzudrängen, den Endausgang des Krieges doch noch lieber als der Kraft der Waffen, der Kunst der Verhandlungen und den Versuchen zu einer Verständigung anzuvertrauen. Der Staatssekretär von Hintze stand jetzt heimlich dort, wo der Staatssekretär von Kühlmann vor mehr als Jahresfrist schon gestanden hatte. Der Admiral sprach mit der „Obersten Heeresleitung“. Sie hatte im Kronrat des 14. Augusts sich völlig teilnahmslos verhalten. Jetzt stimmte sie zu, daß die Fäden einer neutralen Friedensvermittlung sogleich gesponnen werden sollten. An das Auswärtige Amt gab der Staatssekretär von Hintze am 11. September 1918 die Depesche:

„Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies drahten mit Auftrag, es der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung zu notifizieren und zum Beitritt, bzw. Einverständnis aufzufordern, desgleichen Gesandten Sofia und Graf Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen.“

Offenbar hatten sich die Kriegsauffassungen der „Obersten Heeresleitung“, da sie jetzt die ausgesprochene Zustimmung zu den Einleitungsarbeiten des Admirals gab, nunmehr doch wieder zum Schlechteren gewendet. Auch wenn sich aus der vorsichtigen Antwort des Ersten Generalquartiermeisters eigentlich eher das Gegenteil her-

auslesen ließ. Aber der Staatssekretär hatte Positives erreicht: der Weg für seine Arbeit lag frei.

Er sprach von Holland, von der Königin der Niederlande, vom holländischen Gesandten in Berlin. Er tat vorsichtig und geheimnisvoll. So war seine Art.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußersten wartete. Freiherr von Hussarek, der Ministerpräsident, hatte trotz der verschiedenen Schwierigkeiten, mit denen er selbst im Inneren kämpfen mußte, noch im August die äußere Lage nicht als so ernst empfunden, daß ein Friedensangebot nicht hätte gemacht werden können. Jetzt fand der Minister des Aeußersten, daß sich vor allem die Verhältnisse im Inneren der Monarchie so zusätzten, daß sie ihn immer schneller zu dem Friedensangebote drängten.

Freiherr von Hussarek hatte noch im August der Oeffentlichkeit erklärt:

„Der Krieg wird aufhören, wenn die Vernunft siegt. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden.“

Gefahren materieller Art hatte er bestritten:

„Unsere Ernährung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr ist nach den bisher vorliegenden Berichten gesichert; wenn auch äußerste Sparsamkeit nötig ist.“

Aber solche Bekenntnisse waren wirklich nur Auffrischung öffentlicher Stimmung. Der Ministerpräsident wußte, daß von den tschechischen Landwirten keine Lieferungen mehr zu erwarten waren. Und was die Vernunft der Gegner betraf, so hatte sie eben die Bundesgenossenschaft mit den Tschechen bekräftigt. Uebrigens waren die Gegner auf dem Vormarsch in Frankreich. Wenn sich der Ministerpräsident von der Außensituation der Innenlage zuwandte, so mußte er sich gestehen, daß sein Verhältnis zu den politischen Parteien, die sich zur Herbst-

tagung im Reichstag wieder versammeln wollten, im besten Falle gleich schwach war, wie im Sommer. Die deutschen Volksvertreter zeigten sich über die Nichterfüllung einiger Zugeständnisse verstimmt, die der Freiherr, nicht sehr entzückt, noch vom Ministerium Seidler übernommen hatte. Der Termin der Erfüllung war jetzt abgelaufen. Auch erklärten sie sich durch die plötzlich bedeutend verstärkte Selbständigkeitsspropaganda der Südslawen gereizt, deren Fäden in den Händen des südslawischen Geistlichen Korosec zusammenliefen. So war die Situation des Kabinetts im Herbste eher noch schwächer als im Sommer. Was die Südslawen selbst betraf, so blieb ihre Haltung gegenüber dem Ministerium schroff. Dem geistlichen Propagandisten Korosec mißtraute Freiherr von Hussarek. Er fand andere Südslawen offener. Er behandelte ihn mit Reserve. Und schließlich rief er, als die Propaganda immer herrischer auftrat, in einem Briefe den Südslawenbischof Jeglic gegen ihn auf, von dem der Geistliche natürlich abhängig war. Aber der Bischof deckte den politischen Priester. Seine Antwort führte aus, daß alles nur in loyaler Haltung geschehe und daß es nur darauf ankäme, den Südslawen die gebührende Stellung zu geben. Um solch eine Stellung hatte sich der Ministerpräsident eben erst bemüht,— lediglich mit dem Erfolge, daß jetzt überall Gerüchte von Föderalisierungsplänen in der Monarchie umherschwirrten. Aber um die Widersprüche voll zu machen, beeilte sich der Obmann des „Tschechenverbandes“, selbst dem Gerücht von der Möglichkeit eines Föderalisierungsversuches sofort entgegenzutreten:

„Das Präsidium des Tschechenverbandes hat niemanden zu Verhandlungen mit der Regierung Hussarek über die Verfassungsreform und Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in einen Föderativstaat ermächtigt“ — —

Allerdings hatte der Ministerpräsident gerade den

Tschechen noch keinerlei Vorschläge gemacht. Aber die Tschechen sofort den Anlaß benutzt, ihren Abfall von Oesterreich neu zu bekräftigen. Alle Arbeit seit der Juli-mitte, wohin der Minister auch blickte, war umsonst gewesen. Er stand genau dort, wo er gestanden hatte. Selbst die Mehrheit im Reichsrat war wieder fraglich geworden. Sein Eintreten für die Südslawen, auch wenn er sich über den propagandistischen Bischof und seinen Klerus bitter beschwerte, war trotz der schon reichlichen Abgegriffenheit der staatsmännischen Idee und trotz des späten Zeitpunktes noch ein Entschluß gewesen. Aber sofort hatte sich Ungarn gewehrt. Jetzt wußte der Minister nicht: sollte er auf der Schaffung des großen Südslawenreiches als neuem Grundpfeiler der Monarchie bestehen; oder sollte er überhaupt „föderalismieren“; oder sollte er vor Ungarn die Waffen strecken — — Auf alle Fälle ließ er die Föderalisierungspläne vorläufig dementieren.

Die Verwirrung wuchs. Sie stieg, da die Widerstände in der Monarchie eigentlich von allen gegen alles kamen. Da keiner nachgab, was ihn betraf, und offenbar kein System und keine Form die vielfältigen, seit der Reichsratseinberufung restlos entfesselten Ansprüche mehr abstimmen konnte. Nicht lange noch konnte es dauern, daß aus der Verwirrung, aus fiebriger Unruhe die Siedehitze wurde. Da griff Graf Burian ein. Mochte immerhin Freiherr von Hussarek sehen, wie er mit seinen Kompromißversuchen weiterwirtschaftete. Mochte auch der Staatssekretär von Hintze sehen, was bei seinen holländischen Experimenten herauskam. Oesterreich-Ungarn mußte jetzt den Frieden anbahnen. Von seiner Ueberzeugungskraft, von seinen lange bei sich herumgetragenen „Exponierungen“ versprach der Minister sich in der Wirkung auf die Gegner alles. Und er beschloß, sein Friedensangebot in die Welt zu schicken.

Mit Deutschland war vereinbart worden, daß es von solch einer Aktion in jedem Falle vorher verständigt werden müßte. General Cramon, der deutsche Militärbevollmächtigte, dem sich Kaiser Karl noch einmal darüber ausgesprochen hatte, daß Oesterreich-Ungarn keinen weiteren Aufschub vertrüge, hatte von sich aus alles aufgeboten, um die Buriansche Kundgebung zu verhindern. Aber mehr als die Zusage einer letzten Verständigung Kaiser Wilhelms vor dem Hinausgehen der Note war von Kaiser Karl nicht zu erreichen. Sogleich setzte sich der General mit Kaiser Wilhelm in Verbindung. Und überreichte bald darauf in Reichenau eine eindringliche Depesche des Kaisers, die dem Verbündeten noch einmal von seinem Vorhaben abriet. Aber die Zusage der letzten Verständigung war indes schon erfüllt worden: so schnell, daß die Warnung aus Spa zu spät kam. Die Auffassung des Grafen Burian, zähe festgehalten seit der Mitte August, jetzt noch bestärkt durch die inneren Vorgänge im Lande, hatte sich selbstständig durchgesetzt.

Das Friedensangebot wurde veröffentlicht am 15. September. An diesem Tage wurde eine schwere Schlacht an der bulgarischen Front geschlagen.